

# STATISTISCHE BERICHTE



Abgezeichnet von:  
Wim. Stat. Uml. Tübingen

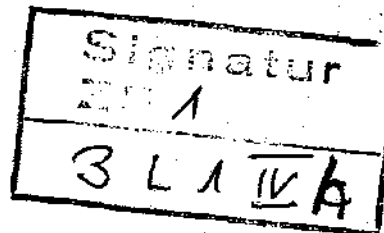
Herausgeber: Statistisches Bundesamt / Wiesbaden

3.12.2008

EG 43

Arb.-Nr. VII/44/7

Erschienen am 5. Dezember 1958



Die allgemeine Umlage der Landkreise  
im Rechnungsjahr 1957

## Inhalt

I.	Vorbemerkung .....
II.	Die Aufgaben und Ausgaben der Landkreise .....
III.	Der Umlagebedarf und die Umlageeinnahmen .....
IV.	Die Umlagekraft und ihre Berechnung .....
V.	Die Umlageanspannung .....
VI.	Tabellenteil: Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlagesätze der Landkreise des Bundesgebietes im Rechnungsjahr 1957 .....
VII.	Anhang: Gesetzliche Bestimmungen über die Erhebung der Kreisumlage in den Ländern des Bundesgebietes für das Rechnungsjahr 1957 .....

## I. Vorbemerkung

Nach den landesrechtlichen Bestimmungen über den Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden (auch nach den Landkreisordnungen) sind die Landkreise - soweit ihre sonstigen Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht ausreichen - berechtigt und verpflichtet, von ihren kreisangehörigen Gemeinden, den gemeindefreien Grundstücken und Gutsbezirken eine Umlage zu erheben. Die Vorschriften der Länder über die Grundlagen für die Umlageberechnung sowie über die Festsetzung der Umlagesätze sind zwar in den methodischen Grundzügen einheitlich. Sie gehen ohne Ausnahme von der im wesentlichen aus den Realsteuern errechneten Steuerkraft der kreisangehörigen Gemeinden und den Schlüsselzuweisungen aus. Hinsichtlich der Bemessung der Steuerkraftzahlen durch Anwendung bestimmter Hebesätze auf die Meß(Grund-)beträge der Realsteuern und dgl., ferner hinsichtlich der Heranziehung der sonstigen Umlagegrundlagen bestehen zwischen den einzelnen Ländern aber zum Teil erhebliche Unterschiede.

In vorliegendem Bericht sind insbesondere die für das Rechnungsjahr 1957 geltenden Berechnungsgrundlagen der einzelnen Länder sowie die auf Grund dieser Berechnungen sich ergebenden Zahlen (für die Umlagekraft, das Umlagesoll und den Umlagesatz) dargestellt und zusammengefaßt. Der Bericht entspricht im Aufbau des Tabellenanhangs den vorangegangenen Veröffentlichungen<sup>1)</sup>.

Wie bisher verfolgt die Darstellung das Ziel, den zur sachgerechten Beurteilung finanzstatistischer Ergebnisse notwendigen Überblick über die hinsichtlich der Berechnung der Kreisumlage von Land zu Land bestehenden Unterschiede zu vermitteln. Sie dient ferner dem kreisweisen Vergleich der Ergebnisse innerhalb der einzelnen Länder. Von Land zu Land hingegen sind die Zahlen wegen der Uneinheitlichkeit in der Bemessung der Umlagegrundlagen usw. nur bedingt vergleichbar.

## II. Die Aufgaben und Ausgaben der Landkreise

Die Landkreise haben in der Hauptsache Aufgaben zu erfüllen, die überörtlichen Charakter tragen oder wegen ihres Kostenumfanges die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Gemeinden übersteigen. Außerdem betätigen sie sich auf Aufgabengebieten, die ihnen vom Staat als Auftragsangelegenheiten übertragen worden sind.

Besonders ins Gewicht fallen die Ausgaben, die den Landkreisen auf Grund ihrer Stellung als Bezirksfürsorgeverbände erwachsen, ferner die Aufwendungen für Straßen, Krankenhäuser, Berufsschulen. Im Rechnungsjahr 1956 waren diese Aufgabengebiete mit insgesamt 811,4 Mill. LM, das sind 52,4 vH, an den Eigenausgaben (Bruttogebühren abzüglich der verwaltungszweiggebundenen Zuweisungen und Darlehen von Gebietskörperschaften) der Landkreise des Bundesgebietes beteiligt.

In der Aufgaben- und Lastenverteilung bestehen erhebliche Unterschiede von Land zu Land. Besonders auffallend sind die regionalen Unterschiede in der Belastung der Landkreise durch Ausgaben für Krankenhäuser. Während diese Aufwendungen (Eigenausgaben) in Baden-Württemberg 16,21 LM je Einwohner betragen, belaufen sie sich in Nordrhein-Westfalen auf nur 3,54 LM je Einwohner. Der verhältnismäßig geringe Aufwand in Nordrhein-Westfalen ist vorwiegend darauf zurückzuführen, daß in diesem Land ein großer Teil der Krankenanstalten von konfessionellen Verbänden, Knappechaften oder sonstigen Körperschaften unterhalten wird. Auch auf den übrigen Aufgabengebieten können sich für einen Landkreis wesentlich geringere Aufwendungen dadurch ergeben, daß Aufgaben, die im allgemeinen von Landkreisen erfüllt werden, von größeren Gemeinden bzw. Bezirksverbänden übernommen worden sind.

1) Vgl.: "Die allgemeine Umlage der Landkreise im Rechnungsjahr 1953" (Statistische Berichte, Arb.Nr.VII/44/2) und "Die allgemeine Umlage der Landkreise im Rechnungsjahr 1955" (Statistische Berichte, Arb.Nr.VII/44/4).

1. Die Eigenausgaben der Landkreise im Rechnungsjahr 1956  
nach Ländern und Verwaltungszweigen

Einzelplan / Verwaltungszweig	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern
	1	2	3	4	5	6	7	8
- Mill. DM -								
4 Fürsorge u. Jugendhilfe <sup>1)</sup>	351,1	31,4	67,0	80,5	30,1	25,6	63,3	53,3
darunter: Allgemeine Fürsorge und Kriegsfolgenhilfe	200,3	18,4	34,8	48,2	14,6	16,9	33,0	34,4
5 Gesundheits- u. Jugendpflege	338,6	26,0	58,8	48,8	27,6	10,0	90,4	77,1
darunter: Krankenhäuser usw.	288,9	19,1	50,7	25,7	20,4	8,7	89,0	75,2
6 Bau- und Wohnungswesen	291,7	13,1	55,5	52,7	23,0	27,9	43,7	79,9
darunter: Straßen, Wege, Brücken	204,5	9,9	35,4	27,2	15,1	18,6	38,3	59,9
2 Schulen	219,5	9,8	49,6	49,8	35,4	19,9	33,6	21,5
darunter: Berufsschulen	117,7	4,6	24,1	28,4	13,1	13,6	23,3	10,5
0 u. 9 Allgemeine Verwaltung, Finanz- u. Steuerverwaltung	190,6	13,1	36,1	47,3	18,7	7,8	34,2	33,3
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	61,9	2,5	8,7	35,1	3,6	2,8	0,6	8,6
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	69,0	11,5	14,5	24,0	1,8	3,9	5,8	7,6
8 Wirtschaftliche Unternehmen	34,0	2,1	2,0	28,7	0,9	0,2	-	0,0
3 Kultur	8,2	0,9	1,6	2,6	0,6	0,6	0,9	1,0
Kämmereiverwaltungen insgesamt <sup>2)</sup>	1 549,8	109,7	291,0	368,4	140,9	98,5	268,9	272,4
dagegen: Rj. 1955	1 379,8	95,2	265,3	313,0	128,2	88,5	234,1	255,6
Rj. 1954	1 260,1	95,3	242,4	278,8	118,7	80,3	204,1	240,4
- DM je Einwohner -								
4 Fürsorge u. Jugendhilfe <sup>1)</sup>	11,47	19,61	14,24	11,08	9,84	10,33	11,53	8,85
darunter: Allgemeine Fürsorge und Kriegsfolgenhilfe	6,54	11,49	7,41	6,63	4,78	6,83	6,00	5,71
5 Gesundheits- u. Jugendpflege	11,06	16,23	12,51	6,72	9,02	4,01	16,46	12,80
darunter: Krankenhäuser usw.	9,44	11,93	10,79	3,54	6,68	3,50	16,21	12,50
6 Bau- und Wohnungswesen	9,53	8,16	11,79	7,26	7,51	11,23	7,96	12,61
darunter: Straßen, Wege, Brücken	6,68	6,20	7,53	3,75	4,95	7,49	6,98	9,95
2 Schulen	7,17	6,13	10,54	6,86	11,59	8,00	6,11	3,57
darunter: Berufsschulen	3,85	2,86	5,13	3,92	4,29	5,49	4,24	1,77
0 u. 9 Allgemeine Verwaltung, Finanz- u. Steuerverwaltung	6,23	8,21	7,67	6,52	6,13	3,14	6,23	5,54
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2,02	1,55	1,85	4,83	1,19	1,14	0,10	1,43
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	2,25	7,16	3,08	3,30	0,59	1,55	1,06	1,26
8 Wirtschaftliche Unternehmen	1,11	1,32	0,43	3,95	0,30	0,09	-	0,00
3 Kultur	0,27	0,55	0,33	0,36	0,21	0,25	0,16	0,16
Kämmereiverwaltungen insgesamt <sup>2)</sup>	50,63	68,51	61,88	50,75	46,10	39,72	48,97	45,26
dagegen: Rj. 1955	44,83	58,14	55,38	43,18	41,81	35,39	42,95	42,03
Rj. 1954	40,91	57,16	49,93	38,57	38,71	32,26	38,11	39,17

1) Ohne Lastenausgleichsleistungen. - 2) Ohne Erstattungen.

### III. Der Umlagebedarf und die Umlageeinnahmen

Die Uneinheitlichkeit der Aufgaben und Ausgaben der Landkreise bewirkt auch eine unterschiedliche Höhe des Zuschußbedarfs. Der Zuschußbedarf stellt - für die ordentliche Rechnung der Kammereiverwaltungen - die nach Abzug der speziellen Deckungsmittel von den Eigenausgaben verbleibenden Aufwendungen dar, also denjenigen Ausgabenteil, der aus allgemeinen Deckungsmitteln zu bestreiten ist. Von der Höhe des Zuschußbedarfs wiederum ist der Umfang des Umlagebedarfs abhängig; er bildet den Teil des Zuschußbedarfs, der durch die sonstigen allgemeinen Deckungsmittel (z.B. Schlüsselzuweisungen, Steuereinnahmen) des Landkreises nicht gedeckt wird und daher auf die kreisangehörigen Gemeinden bzw. gemeindefreien Grundstücke und Gutsbezirke umzulegen ist. Der Umlagebedarf der einzelnen Landkreise läßt sich - ebenso wie die Größen, aus denen er sich errechnet - nur unter gleichzeitiger Berücksichtigung der unterschiedlichen Aufgabenverteilung vergleichen.

Die Berechnung des Umlagebedarfs erfolgt zu Beginn jedes Rechnungsjahres bei der Aufstellung des Haushaltsplans. Er stellt - wie alle im Haushaltsplan veranschlagten Einnahmen und Ausgaben - eine Vorausschätzung dar und wird unter diesem Gesichtswinkel als Umlagesoll bezeichnet. Die Summierung der im Tabellennachtrag dieses Berichtes für das Rechnungsjahr 1957 mitgeteilten Zahlen ergibt für die Landkreise des Bundesgebietes ein Umlagesoll in Höhe von insgesamt 735,6 Mill.DM. 1955 betrug das Umlagesoll demgegenüber 627,2 Mill.DM.

Die hohe Bedeutung der Umlagen als Einnahmequelle der Landkreise wird ersichtlich, wenn man diese Einnahmen zum Zuschußbedarf ins Verhältnis setzt. Nach den Ergebnissen der Jahresrechnungstatistik beliefen sich die Kreisumlage-Einnahmen (Ist-Einnahmen) der Landkreise des Bundesgebietes auf insgesamt 635,7 Mill.DM im Rechnungsjahr 1955 und 677,9 Mill.DM im Rechnungsjahr 1956. Das sind 79,0 bzw. 74,3 vH des für die gleichen Zeitabschnitte aus den Ist-Ergebnissen der Rechnungstatistik ermittelten Zuschußbedarfes (804,3 bzw. 912,3 Mill.DM) der ordentlichen Rechnung der Landkreise.

### IV. Die Umlagekraft und ihre Berechnung

Das auf Grund des Voranschlags festgestellte Umlagesoll des Landkreises muß von den kreisangehörigen Gemeinden im Verhältnis ihrer Finanzkraft aufgebracht werden. Die speziell für die Erhebung der Kreisumlage berechnete finanzielle Leistungsfähigkeit einer Gemeinde wird als Umlagekraft bezeichnet. Festgesetzt wird die Umlagekraft im wesentlichen auf Grund der Steuerkraft der Gemeinde zuzüglich der ihr vom Land gewährten Schlüsselzuweisungen. Die Umlagegrundlagen gehen jedoch in einzelnen Ländern über diese Faktoren hinaus. So werden beispielsweise in Niedersachsen die Sonderzuweisungen, in Hessen und Rheinland-Pfalz die Einnahmen aus der Vergnügungsteuer zusätzlich in die Berechnung einbezogen.

Die Gesamthöhe der Umlagekraft ergibt sich durch Summierung der mit den gesetzlich festgesetzten Hebesätzen vervielfältigten Meß- bzw. Grundbeträgen der Realsteuern unter Hinzufügung der in die Berechnung einbezogenen weiteren Umlagegrundlagen. Wie die länderweise zusammengestellten Berechnungsgrundlagen erkennen lassen, sind die Maßstäbe, die bei der Ermittlung der Umlagekraft angelegt werden, in den einzelnen Ländern recht unterschiedlich. Die Uneinheitlichkeit beginnt bereits bei der Feststellung der Steuerkraftzahl. Diese wird im wesentlichen aus den Realsteuern berechnet. Dabei wird an Stelle des tatsächlichen ein fiktives Aufkommen zu Grunde gelegt, das sich durch Vervielfältigung der Meßbeträge oder der Grundbeträge mit landeseinheitlichen Hebesätzen ergibt. Durch die Anwendung einheitlicher Hebesätze wird es ermöglicht, innerhalb eines Landes Unterschiede im gemeindlichen Steueraufkommen auszuschalten, die allein auf uneinheitliche Anspannung zurückzuführen sind. Von Land zu Land gesehen, sind diese Hebesätze jedoch weitgehend unterschiedlich. So werden beispielsweise die Meßbeträge der Grundsteuer A in Nordrhein-Westfalen mit einem Hebesatz von nur 80 vH vervielfältigt, während Baden-Württemberg einen Satz von 150 vH fest-

gesetzt hat. Länderweise uneinheitlich sind auch Höhe und Staffelung der durchschnittlichen Hebesätze der Grundsteuer B.

2. Übersicht über die Berechnung der Umlagekraft im Rechnungsjahr 1957  
in den Ländern des Bundesgebietes<sup>1)</sup>  
- vH der Grundlagen -

Grundlagen	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern
<b>I. Steuerkraftzahlen</b>							
Grundsteuer A - Meßbeträge	140	100	80	140	140	150	140
Grundsteuer B - Meßbeträge						150	
die ersten 20 000 DM der Meßbeträge	140	120	120	130	140	-	140
" weiteren 100 000 " " "	160	160	160	175	175	-	170
" " 400 000 " " "	200	200	200	-	-	-	-
" " 1 000 000 " " "	-	-	-	220	210	-	210
" " 2 000 000 " " "	-	-	-	240	-	-	220
" " 4 000 000 " " "	-	220	220	-	-	-	-
" " Meßbeträge	250	240	240	260	230	-	230
Grundsteuerergänzungszuschüsse/ -ausfallentschädigung - Ist	70	-	100	-	-	100	140-230 <sup>2)</sup>
Gewerbsteuer v. Ertrag u. Kapital- Meß- (Grund-) beträge	210	200	200	245	240	290	240
Gewerbesteuerausgleich - Einnahmen - Ist	+35	+100	+50	+100	+50	+100	+50
Ausgaben - Ist	-70	-100 <sup>3)</sup>	-100	-100	-100	-100	-100
Verwaltungskostenzuschüsse von Bundesbahn u. Bundespost - Ist	-	-	-	-	-	-	50
Spielbankabgabe - Ist	-	-	-	-	-	-	50
Steuerkraft, die 160 vH der Bedarfsmeß- zahl übersteigt	-	-	-	100	-	-	-
<b>II. Sonstige Grundlagen</b>							
Schlüsselaufweisungen - Ist	70	100	100	75	75	100	80
Sonderaufweisungen - Ist	-	100	-	-	-	-	-
Vergütungssteuer - Ist	-	-	-	100	100	-	-

1) Gesetzliche Bestimmungen siehe Anhang.- 2) 140 bis 230 vH der aus der Grundsteuerausfallvergütung errechneten Grundbeträge.- 3) Die Gewerbesteuerergänzungszuschüsse werden mit 50 vH ihres Betrages von den mit 200 vH anzuhebenden Gewerbesteuergrundbeträgen der Betriebsgemeinden abgesetzt, also mit 100 vH berücksichtigt. Für die Einnahmen der Wohngemeinden aus Gewerbesteuerergänzungszuschüssen gilt das Entsprechende.

Das fiktive Einkommen aus der Grundsteuer wird an Hand der Meßbeträge berechnet, die für das vergangene Jahr angeschrieben worden sind (abzüglich der Meßbeträge für Grundstücke und Grundstücksteile, bei denen die Steuer wegen Kriegszerstörung, Demontage oder dgl. erlassen wurde). Der zu Grunde gelegte Anschreibungsstichtag fällt in den meisten Ländern auf den 15. November.

Bei der Berechnung der Gewerbesteuerkraftzahl gehen Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg von den Meßbeträgen aus. In den übrigen Ländern basiert die Berechnung auf dem sogenannten Grundbetrag (Ist-Einkommen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital dividiert durch den für das betreffende Jahr geltenden Hebesatz). Zu Grunde gelegt wird dabei in den Ländern Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen das Einkommen des Kalenderjahres 1956. In Niedersachsen geht man vom Rechnungsjahr 1956 aus, während Hessen das Einkommen für den Zeitabschnitt vom 1.10.1955 bis 30.9.1956 heranzieht. Die Länder, die bei der Berechnung von den Gewerbesteuermeßbeträgen ausgehen, wenden als Stichtag den 30.9. bzw. den 15.9.1956 (Bayern) an.

Dem fiktiven Einkommen aus der Gewerbesteuer werden bei der Berechnung der Umlagekraft in allen Ländern die Gewerbesteuerergänzungsbeträge hinzugerechnet. Allerdings bringt man Einnahmen und

Ausgaben in voller Höhe nur in Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg in Anrechnung. In Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern werden die Einnahmen zur Hälfte den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzugerechnet, die Ausgaben zu 100 vH von den Steuerkraftzahlen der Betriebsgemeinden abgesetzt. Schleswig-Holstein rechnet nur 35 vH der Einnahmen an und setzt 70 vH der Ausgaben ab.

Außer diesen von allen Ländern für die Berechnung der Steuerkraftzahl herangezogenen Grundlagen werden in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern auch die Beträge angesetzt, die den Gemeinden in Form von Grundsteuerergänzungszuschüssen bzw. Grundsteuerausfallvergütungen gewährt worden sind, und zwar in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg in voller Höhe, in Schleswig-Holstein dagegen nur mit 70 vH. Eine besondere Regelung gilt in Bayern. Hier werden bei Gemeinden, die im vergangenen Rechnungsjahr eine Grundsteuerausfallvergütung erhalten haben, diese Beträge den Meßbeträgen der Grundsteuer hinzugerechnet, nachdem sie durch die in diesem Rechnungsjahr geltenden Hebesätze geteilt worden sind. Es wird also der aus der Grundsteuerausfallvergütung errechnete Grundbetrag den Meßbeträgen der Grundsteuer hinzugefügt und mit diesen gemeinsam mit den landeseinheitlichen Hebesätzen der Grundsteuer B multipliziert.

Zu den Umlagegrundlagen zählen in Bayern zusätzlich je zu 50 vH die Verwaltungskostenzuschüsse von Bundesbahn und Bundespost sowie die Isteinnahmen aus der Spielbankabgabe.

In Hessen erhöht sich die errechnete Umlagekraft einer Gemeinde gegebenenfalls noch um den Teil der Steuerkraftmeßzahl, der 160 vH der - für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich ermittelten - Bedarfsmeßzahl übersteigt. Die hessischen Bestimmungen zum Finanzausgleich kennen ferner die Einrichtung der Sonderumlage; zu ihr können Gemeinden, deren Realsteuerhebesätze unter dem Kreisdurchschnitt liegen, herangezogen werden (vgl. Abschnitt V dieses Berichtes).

Die Schlüsselzuweisungen, die als Ergänzung der Steuerkraft in allen Ländern als Umlagegrundlage herangezogen werden, bringt Schleswig-Holstein nur zu 70 vH in Ansatz. In Hessen und Rheinland-Pfalz werden sie zu 75 vH, in Bayern zu 80 vH angerechnet. In vollem Umfang beziehen Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg sie in die Berechnung ein.

Gegenüber den für das Rechnungsjahr 1955 geltenden Berechnungsgrundlagen für die Umlagekraft sind umfangreiche Änderungen nicht eingetreten. Rheinland-Pfalz hat die Anspannungssätze für die Realsteuern angehoben, dafür aber den Hundertsatz, mit dem die Schlüsselzuweisungen in die Berechnung einbezogen sind, von 100 vH auf 75 vH gesenkt. Bayern bringt nunmehr die Schlüsselzuweisungen nur noch mit 80 vH in Anrechnung (vorher 100 vH), ohne jedoch gleichzeitig die Anspannungssätze zur Berechnung der Steuerkraft zu verändern. Hessen bezieht seit 1956 die Einnahmen aus der Vergnügungssteuer in die Berechnung der Umlagekraft ein.

#### V. Die Umlageanspannung

Die Umlageanspannung (der Umlagesatz) wird rechnerisch bestimmt durch das Verhältnis zwischen dem Umlagebedarf (dem Umlagesoll) des Landkreises und der Umlagekraft der kreisangehörigen Gemeinden, gemeindefreien Grundstücke und Gutsbezirke. Sie stellt den Prozentsatz der Umlagekraft dar, der zur Deckung des Umlagebedarfs herangezogen werden muß. Die Umlageanspannung wird umso stärker, je größer das Umlagesoll und je geringer die Umlagekraft ist. Umgekehrt ergibt sich aus einem verhältnismäßig niedrigen Umlagebedarf und hoher Umlagekraft auch ein niedriger Anspannungssatz.

### 3. Angaben zur Umlageanspannung

Land		Umlagesoll	Umlagekraft	Umlagesoll in vH der Umlagekraft
		in DM je Einwohner		
Schleswig-Holstein	1957	20,73	59,76	34,7
	1955	17,06	48,92	34,9
Niedersachsen	1957	31,45	62,87	50,0
	1955	25,44	49,08	51,8
Nordrhein-Westfalen	1957	24,32	79,21	30,7
	1955	21,84	69,68	31,3
Hessen	1957	22,35	74,24	30,1
	1955	17,35	57,35	30,3
Rheinland-Pfalz	1957	18,15	51,16	35,5
	1955	15,64	42,93	36,4
Baden-Württemberg	1957	20,60	98,64	20,9
	1955	16,64	82,70	20,1
Bayern	1957	24,48	52,49	46,6
	1955	22,38	47,43	47,2

In der Tabelle 3 sind Umlagesoll und Umlagekraft - jeweils in DM je Einwohner berechnet - länderweise gegenübergestellt. Aus diesen Angaben wurde für jedes Land die landesdurchschnittliche Anspannung der Kreisumlage errechnet. Die Zahlen lassen erkennen, daß sich gegenüber 1955 sowohl das Umlagesoll als auch die Umlagekraft in allen Ländern erhöht hat. Dagegen ist die landesdurchschnittliche Umlageanspannung - Baden-Württemberg ausgenommen - gegenüber 1955 zurückgegangen, ein Zeichen dafür, daß das Umlagesoll relativ nicht im gleichen Maße wie die Umlagekraft gestiegen ist.

Einen Überblick über Höhe und Streuung der Umlageanspannung in den einzelnen Regierungsbezirken und Ländern vermittelt Tabelle 4.

Die Zusammenstellung zeigt, daß die Umlagesätze der Landkreise in den verschiedenen Regierungsbezirken und Ländern zum Teil erheblich voneinander abweichen. Sie zeigt ferner die Ungleichheit der durchschnittlichen Anspannung der Kreisumlagen von Regierungsbezirk zu Regierungsbezirk. Die durchschnittliche Schwankung der Umlageanspannung zwischen den Landkreisen eines Regierungsbezirkes wird durch den "Streuungsdurchschnitt"<sup>1)</sup> quantifiziert. Er ist besonders niedrig im Regierungsbezirk Süd-Baden (0,9), dagegen auffallend hoch im Regierungsbezirk Unterfranken (6,6).

Tabelle 5 gibt - ebenfalls in der Gliederung nach Regierungsbezirken und Ländern - einen Überblick über die Anspannungssätze der einzelnen Umlagegrundlagen, soweit es sich um die Anspannung der Steuerkraftzahlen und der Schlüsselzuweisungen handelt. Während die Gesamtanspannung (Übersichten 3 und 4) aus dem Verhältnis von Umlagesoll und Umlagekraft (Umlagesoll in vH der Umlagekraft) errechnet wurde, sind die durchschnittlichen Umlagesätze in Tabelle 5 als einfaches arithmetisches Mittel dargestellt.

<sup>1)</sup> Einfacher Durchschnitt der Differenzen zwischen den Anspannungss tzen der einzelnen Landkreise eines Regierungsbezirkes und dem Regierungsbezirkdurchschnitt.



4. Streuungsbild der Gesamtanspannung  
- Umlagesoll in vH der Umlagekraft -

Regierungsbezirk (Land)	Zahl der Kreise mit einer Umlageanspannung														Durch- schnitt vH	Streu- ungs- durch- schnitt
	bis 20,0	20,1 bis 25,0	25,1 bis 30,0	30,1 bis 35,0	35,1 bis 40,0	40,1 bis 45,0	45,1 bis 50,0	50,1 bis 55,0	55,1 bis 60,0	60,1 bis 65,0	65,1 bis 70,0	70,1 bis 75,0	75,1 und mehr			
	vH ihrer Umlagekraft															
<u>Schleswig-Holstein</u>	-	-	1	7	9	-	-	-	-	-	-	-	-	34,7	2,0	
<u>Niedersachsen</u>																
Reg.Bez.																
Hannover .....	-	-	-	-	-	-	3	5	1	-	-	-	-	51,5	2,3	
Hildesheim .....	-	-	-	-	-	1	4	4	1	-	-	-	1	51,7	4,6	
Lüneburg .....	-	-	-	-	-	-	1	7	1	-	-	-	-	53,5	2,0	
Stade .....	-	-	-	-	-	1	2	2	2	-	-	-	-	49,1	4,3	
Osnabrück .....	-	-	-	-	-	1	-	5	1	1	-	-	-	51,3	3,9	
Aurich .....	-	-	-	-	-	1	2	1	-	-	-	-	-	48,8	2,1	
Verw.Bez.																
Braunschweig .....	-	-	-	-	-	2	-	3	1	-	-	-	-	50,0	5,6	
Oldenburg .....	-	-	-	-	5	1	-	-	-	-	-	-	-	39,0	1,0	
Land .....	-	-	-	-	5	7	12	27	7	1	-	-	1	50,0		
<u>Nordrhein-Westfalen</u>																
Reg.Bez.																
Düsseldorf .....	-	-	4	1	4	-	-	-	-	-	-	-	-	31,9	3,9	
Köln .....	-	1	3	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28,6	3,6	
Aachen .....	-	-	1	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	31,8	1,3	
Münster .....	-	-	9	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28,3	1,8	
Detmold .....	-	-	3	4	5	-	-	-	-	-	-	-	-	33,5	4,0	
Arnsberg .....	-	1	4	5	2	-	-	-	-	-	-	-	-	30,4	3,8	
Land .....	-	2	24	20	11	-	-	-	-	-	-	-	-	30,7		
<u>Hessen</u>																
Reg.Bez.																
Darmstadt .....	-	1	3	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27,3	4,3	
Kassel .....	-	-	-	14	1	-	-	-	-	-	-	-	-	33,2	1,2	
Wiesbaden .....	-	-	2	9	2	-	-	-	-	-	-	-	-	32,5	1,6	
Land .....	-	1	5	30	3	-	-	-	-	-	-	-	-	30,1		
<u>Rheinland-Pfalz</u>																
Reg.Bez.																
Koblenz .....	-	-	2	6	1	1	1	-	-	-	-	-	-	32,7	4,2	
Trier .....	-	1	-	4	-	2	-	-	-	-	-	-	-	33,7	4,2	
Montabaur .....	-	-	-	-	2	1	-	1	-	-	-	-	-	42,6	3,7	
Rheinhausen .....	-	-	2	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	30,7	4,6	
Pfalz .....	-	-	1	1	5	2	3	1	-	-	-	-	-	39,8	5,2	
Land .....	-	1	5	12	9	6	4	2	-	-	-	-	-	35,5		
<u>Baden-Württemberg</u>																
Reg.Bez.																
Nordwürttemberg ..	9	10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	19,0	2,8	
Nordbaden .....	-	3	4	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25,4	2,8	
Südbaden .....	2	16	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	23,0	0,9	
Wittbg.-Hohenzollern	6	11	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	19,4	2,9	
Land .....	17	40	4	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	20,9		
<u>Bayern</u>																
Reg.Bez.																
Oberbayern .....	-	-	1	-	2	8	9	4	2	-	-	-	-	45,0	4,9	
Niederbayern .....	-	-	-	-	-	1	1	6	5	6	3	-	-	57,5	5,3	
Oberpfalz .....	-	-	-	-	-	1	3	8	5	1	1	-	-	53,8	4,1	
Oberfranken .....	-	-	-	-	4	6	6	1	-	-	-	-	-	43,2	3,7	
Mittelfranken .....	-	-	-	-	1	6	7	2	-	1	-	-	-	46,1	3,5	
Unterfranken .....	-	-	1	1	3	2	9	4	-	2	-	-	-	44,5	6,6	
Schwaben .....	-	-	-	2	5	4	8	-	1	-	-	-	-	42,4	5,0	
Land .....	-	-	2	3	15	28	43	25	13	10	4	-	-	46,6		

5. Umlageanspannung der Landkreise des Bundesgebietes  
im Rechnungsjahr 1957 nach Regierungsbezirken  
- Umlagesatz in vH -

Regierungsbezirk (Land)	Grundsteuer A			Grundsteuer B			Gewerbesteuer n. Ertrag u. Kapital			Schlüssel- zuweisungen		
	höch- ster	nied- rig- ster	Durch- schnitt 1)	höch- ster	nied- rig- ster	Durch- schnitt 1)	höch- ster	nied- rig- ster	Durch- schnitt 1)	höch- ster	nied- rig- ster	Durch- schnitt 1)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<b>Schleswig-Holstein</b>	39,0	30,0	34,6	39,0	30,0	35,1	39,0	30,0	35,5	39,0	30,0	34,6
<b>Niedersachsen</b>												
Reg. Bez.												
Hannover .....	57,0	46,0	52,6	57,0	46,0	51,5	57,0	46,0	51,5	57,0	40,0	49,0
Hildesheim .....	72,0	45,0	52,4	57,0	45,0	50,8	59,0	45,0	51,2	54,0	38,0	48,4
Lüneburg .....	58,0	50,0	53,8	58,0	50,0	53,8	58,0	50,0	53,8	58,0	50,0	53,2
Stade .....	56,0	41,0	49,8	56,0	41,0	49,8	56,0	41,0	49,8	56,0	41,0	49,8
Osnabrück .....	60,0	45,0	53,5	60,0	45,0	53,5	63,0	45,0	53,8	56,0	40,0	51,0
Aurich .....	54,0	45,0	49,8	54,0	45,0	49,8	54,0	45,0	50,3	50,0	39,0	44,0
Verw. Bez.												
Braunschweig .....	58,0	35,0	46,3	58,0	35,0	46,3	58,0	42,0	51,8	58,0	35,0	46,3
Oldenburg .....	42,0	38,0	39,0	42,0	38,0	39,0	42,0	38,0	39,0	42,0	38,0	39,0
Land .....	72,0	35,0	50,4	60,0	35,0	49,9	63,0	38,0	50,6	58,0	35,0	48,3
<b>Nordrhein-Westfalen</b>												
Reg. Bez.												
Düsseldorf .....	40,0	28,4	33,6	40,0	28,4	33,6	40,0	28,4	33,6	40,0	28,4	33,6
Köln .....	35,0	24,0	29,3	35,0	24,0	29,3	35,0	24,0	29,3	35,0	24,0	29,3
Aachen .....	34,0	29,0	32,0	34,0	29,0	32,0	39,0	30,0	33,4	34,0	29,0	30,9
Münster .....	32,0	26,9	29,2	32,0	26,9	29,2	32,0	26,9	29,2	30,0	21,0	28,4
Detmold .....	42,0	27,0	34,8	42,0	27,0	34,8	42,0	27,0	34,8	40,0	27,0	33,3
Arnsberg .....	37,0	24,5	31,4	37,0	24,5	31,4	37,0	24,5	31,4	37,0	24,5	31,4
Land .....	42,0	24,0	31,9	42,0	24,0	31,9	42,0	24,0	32,1	40,0	21,0	31,3
<b>Hessen</b>												
Reg. Bez.												
Darmstadt .....	33,0	22,0	30,6	33,0	22,0	30,6	33,0	22,0	30,6	33,0	22,0	30,6
Kassel .....	35,0	32,0	33,2	35,0	32,0	33,1	36,0	32,0	33,4	36,0	32,0	33,4
Wiesbaden .....	41,0	30,0	35,5	37,0	30,0	33,2	36,0	30,0	33,2	38,0	30,0	33,0
Land .....	41,0	22,0	32,6	37,0	22,0	32,5	36,0	22,0	32,5	38,0	22,0	32,5
<b>Rheinland-Pfalz</b>												
Reg. Bez.												
Koblenz .....	46,5	27,5	35,0	46,5	27,5	35,0	46,5	26,0	33,9	46,5	22,5	31,6
Trier .....	44,0	24,9	35,0	44,0	24,9	35,0	44,0	24,9	35,0	34,8	24,9	30,4
Montabaur .....	51,0	40,0	43,1	51,0	40,0	43,1	51,0	40,0	43,1	51,0	40,0	43,1
Rheinhausen .....	38,0	26,5	31,4	38,0	26,5	31,4	38,0	26,5	31,4	38,0	26,0	29,4
Pfalz .....	53,5	30,0	41,5	53,5	30,0	41,5	53,5	30,0	41,5	50,0	30,0	39,9
Land .....	53,5	24,9	37,6	53,5	24,9	37,6	53,5	24,9	37,3	51,0	22,5	35,1
<b>Baden-Württemberg</b>												
Reg. Bez.												
Nordwürttemberg .....	24,0	16,0	20,1	24,0	16,0	20,1	24,0	16,0	20,1	24,0	16,0	20,1
Nordbaden .....	31,0	22,0	26,4	31,0	22,0	26,4	31,0	22,0	26,4	31,0	22,0	26,4
Südbaden .....	25,0	20,0	22,9	25,0	20,0	22,9	25,0	20,0	22,9	25,0	20,0	22,9
Wttbg.-Hohenzoll. ..	25,0	11,2	20,4	25,0	11,2	20,4	25,0	11,2	20,4	25,0	11,2	20,4
Land .....	31,0	11,2	21,9	31,0	11,2	21,9	31,0	11,2	21,9	31,0	11,2	21,9
<b>Bayern</b>												
Reg. Bez.												
Oberbayern .....	70,0	29,0	48,4	60,0	29,0	47,2	56,4	29,0	45,8	56,4	15,0	43,0
Niederbayern .....	70,0	45,0	59,1	70,0	45,0	59,1	70,0	45,0	58,7	70,0	40,0	57,3
Oberpfalz .....	70,0	45,0	56,5	70,0	45,0	56,5	66,0	45,0	52,9	65,0	45,0	51,8
Oberfranken .....	55,0	38,0	45,2	55,0	38,0	45,2	50,0	37,0	43,9	50,0	37,0	43,6
Mittelfranken .....	61,0	40,0	47,7	61,0	40,0	47,7	61,0	38,0	46,0	61,0	38,0	46,8
Unterfranken .....	64,0	29,0	48,1	64,0	29,0	48,0	64,0	29,0	46,2	64,0	29,0	46,2
Schwaben .....	60,0	31,7	44,6	60,0	31,7	44,6	55,5	31,7	42,9	55,0	31,7	42,9
Land .....	70,0	29,0	50,1	70,0	29,0	49,8	70,0	29,0	48,2	70,0	15,0	47,4

1) Einfacher Durchschnitt.- 2) Gutsbezirk Zellerfeld 180 vH.

In allen Ländern - mit Ausnahme von Baden-Württemberg - ist es den Landkreisen freigestellt, die Umlagesätze sowohl für die einzelnen Realsteuern als auch für die Schlüsselzuweisungen unterschiedlich festzusetzen. Das bedeutet, daß beispielsweise das fiktive Gewerbesteueraufkommen mit höheren vH-Sätzen als das fiktive Grundsteueraufkommen zur Kreisumlage herangezogen werden kann.

Allerdings ist den Landkreisen bei der Festsetzung der einzelnen Anspannungssätze nicht völlig freie Hand gelassen. So ist beispielsweise in den gesetzlichen Vorschriften bestimmt, daß in den Fällen, in denen die Prozentsätze unterschiedlich festgelegt werden, der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als  $\frac{1}{3}$  übersteigen darf. (In Hessen soll der Unterschied zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Hundertsatz nicht mehr als 20 vH des höchsten Umlagesatzes betragen). Ausnahmen bedürfen in allen Fällen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Darüber hinaus gilt in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Bayern noch die Einschränkung, daß der Umlagesatz der Schlüsselzuweisungen nicht höher sein darf als der niedrigste für die Steuerkraftzahlen angewendete Hundertsatz.

Zu den gesetzlichen Bestimmungen über die Relation der verschiedenen Umlagesätze treten in einzelnen Ländern noch Vorschriften hinsichtlich derjenigen Sätze, die eine gewisse Höhe übersteigen. So bedarf in Schleswig-Holstein bei Umlagesätzen, die ein Drittel der Umlagegrundlagen überschreiten, der Umlagebeschluß der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. In Nordrhein-Westfalen erstreckt sich diese Genehmigungspflicht auf die Umlagesätze, die 30 vH übersteigen, während Hessen die obere Grenze bei 32 vH zieht.

Ausgenommen von diesen Einschränkungen sind in Niedersachsen und Hessen die gemeindefreien Grundstücke und Gutsbezirke. Den Landkreisen dieser Länder steht es frei, diese mit höheren Umlagesätzen zur Kreisumlage heranzuziehen. So werden beispielsweise - wie aus dem Tabellenanhang ersichtlich - 180 vH des fiktiven Aufkommens der Grundsteuer A des Gutsbezirkes Zellerfeld im Regierungsbezirk Hildesheim als Kreisumlage abgeschöpft.

In Hessen besteht außerdem die Möglichkeit, von Gemeinden, deren Realsteuerhebesätze erheblich unter dem Kreisdurchschnitt liegen, eine Sonderumlage zu erheben. Umlagegrundlage für die Sonderumlage ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem Realsteuer-Sollaufkommen 1956 nach den tatsächlichen Hebesätzen der Gemeinde und dem Aufkommen nach den Durchschnittshebesätzen des Kreises. Der Anspannungssatz für die Sonderumlage beträgt mindestens 50 vH, höchstens 150 vH des allgemeinen Kreisumlagehebesatzes. Für das Rechnungsjahr 1957 würde als Umlage-Soll der Betrag von 120 000 DM errechnet. In den Zahlen des vorliegenden Berichtes ist die Sonderumlage nicht enthalten.

## VI. Tabellenteil

Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlagesätze  
der Landkreise des Bundesgebietes  
im Rechnungsjahr 1957

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz 1): vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner <sup>2)</sup>	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner <sup>2)</sup>	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		son- stigen Steuern	Schlüs- selzu- weisun- gen	son- stigen Zuweil- sungen	
						Grund- steuer	Gewer- be- steuer				
											A
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
<b>Schleswig-Holstein</b>											
Eckernförde	3 648	54,68	1 423	21,33	39,0	39,0	39,0	39,0	-	39,0	-
Friederstedt	1 441	73,55	533	27,21	37,0	37,0	37,0	37,0	-	37,0	-
Eutin	5 182	58,21	1 866	20,96	36,0	36,0	36,0	36,0	-	36,0	-
Flensburg-Land	3 151	50,98	1 166	18,86	37,0	37,0	37,0	37,0	-	37,0	-
Hsgt.-Lauenburg	7 701	59,44	2 310	17,83	30,0	30,0	30,0	30,0	-	30,0	-
Kusum	3 634	59,26	1 345	21,93	37,0	37,0	37,0	37,0	-	37,0	-
Norderdithmarschen	3 685	62,73	1 363	23,21	37,0	37,0	37,0	37,0	-	37,0	-
Oldenburg i. Holstein	4 938	64,23	1 629	21,20	33,0	33,0	33,0	33,0	-	33,0	-
Pinneberg	12 394	62,17	4 479	22,47	36,1	31,0	36,0	38,0	-	31,0	-
Plön	5 665	53,13	1 813	17,00	32,0	32,0	32,0	32,0	-	32,0	-
Rendsburg	8 899	57,21	3 114	20,02	35,0	35,0	35,0	35,0	-	35,0	-
Schleswig	5 660	57,46	1 981	20,11	35,0	35,0	35,0	35,0	-	35,0	-
Segeberg	4 991	54,67	1 747	19,13	35,0	35,0	35,0	35,0	-	35,0	-
Steinburg	8 709	71,16	2 809	22,95	32,3	30,0	33,0	33,0	-	30,0	-
Stormarn	7 334	55,15	2 454	19,45	33,5	31,5	31,5	36,0	-	31,5	-
Süderdithmarschen	4 768	64,63	1 764	23,91	37,0	37,0	37,0	37,0	-	37,0	-
Südtondern	3 944	67,89	1 420	24,44	36,0	36,0	36,0	36,0	-	36,0	-
Land Schlesw.-Holst.	95 742	59,76	33 216	20,73	34,7	34,6	35,1	35,5	-	34,6	-
<b>Niedersachsen</b>											
Grafsch. Diepholz	3 980	55,41	2 269	31,59	57,0	57,0	57,0	57,0	-	57,0	57,0
Grafsch. Hoya	5 868	51,57	2 699	23,72	46,0	46,0	46,0	46,0	-	46,0	46,0
Grafsch. Schaumburg	3 846	49,95	1 946	25,27	50,6	54,0	50,0	50,0	-	50,0	50,0
Hamelu-Pyrmont	4 565	57,36	2 274	28,57	49,8	54,5	48,9	48,9	-	48,9	48,9
Hannover-Land	14 345	90,75	7 622	48,22	53,1	54,0	54,0	54,0	-	44,0	44,0
Neustadt a/Rbge	4 487	65,43	2 378	34,68	53,0	53,0	53,0	53,0	-	53,0	53,0
Kienburg	5 916	59,75	2 958	29,88	50,0	50,0	50,0	50,0	-	50,0	50,0
Schaumburg-Lippe	4 587	59,70	2 408	31,34	52,5	52,5	52,5	52,5	-	52,5	52,5
Springe	3 708	60,41	1 860	30,30	50,2	52,0	52,0	52,0	-	40,0	40,0
Reg. Bez. Hannover	51 301	63,65	26 413	32,77	51,5	52,6	51,5	51,5	-	49,0	49,0
Alfeld	5 422	65,34	2 623	31,61	48,4	50,0	50,0	50,0	-	38,0	38,0
Duderstadt	2 126	55,97	1 070	28,17	50,3	52,0	52,0	52,0	-	45,0	45,0
Einbeck	3 327	78,40	1 741	41,02	52,3	52,0	52,0	52,5	-	52,0	52,0
Göttingen	3 581	60,45	1 826	30,83	51,0	51,0	51,0	51,0	-	51,0	51,0
Hildesheim-Mbg.	8 127	73,12	3 920	35,27	48,2	47,0	47,0	49,0	-	47,0	47,0
Holzmindeu	5 471	65,70	2 735	32,85	50,0	50,0	50,0	50,0	-	50,0	50,0
Münden	2 694	61,17	1 307	29,67	48,5	48,5	48,5	48,5	-	48,5	48,5
Northeim	5 466	59,13	2 460	26,61	45,0	45,0	45,0	45,0	-	45,0	45,0
Osterode (Harz)	5 566	65,92	2 894	34,28	52,0	52,0	52,0	52,0	-	52,0	52,0
Peine	7 723	79,47	4 447	45,76	57,6	57,0	57,0	59,0	-	50,0	50,0
Zellerfeld	2 363	65,48	1 779	49,30	75,3	72,0 <sup>2)</sup>	54,0	54,0	-	54,0	54,0
Reg. Bez. Hildesheim	51 865	67,25	26 802	34,75	51,7	52,4	50,8	51,2	-	48,4	48,4
Burzdorf	7 640	68,90	4 137	37,31	54,1	55,0	55,0	55,0	-	50,0	50,0
Celle	7 812	83,54	4 062	43,44	52,0	52,0	52,0	52,0	-	52,0	52,0
Fallingbostel	3 285	53,34	1 675	27,20	51,0	51,0	51,0	51,0	-	51,0	51,0
Gifhorn	6 849	59,25	3 424	29,63	50,0	50,0	50,0	50,0	-	50,0	50,0
Harburg	5 388	48,90	2 963	26,90	55,0	55,0	55,0	55,0	-	55,0	55,0
Müchow-Danneberg	2 623	46,38	1 443	25,51	55,0	55,0	55,0	55,0	-	55,0	55,0
Müneburg	2 899	51,34	1 594	28,24	55,0	55,0	55,0	55,0	-	55,0	55,0
Soltau	3 294	56,90	1 746	30,16	53,0	53,0	53,0	53,0	-	53,0	53,0
Wenzen	5 805	58,31	3 367	33,82	58,0	58,0	58,0	58,0	-	58,0	58,0
Reg. Bez. Müneburg	45 595	59,82	24 412	32,03	53,5	53,8	53,8	53,8	-	53,2	53,2

1) Für Regierungsbezirke und Land: einfacher Durchschnitt.- 2) Gutsbezirk Zellerfeld 180 vH.

<sup>2)</sup> Umgerechnet mit der fortgeschriebenen Einwohnerzahl am 30.6.1957 (ebenso in den Landkreisen der übrigen Länder).

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagepoll)			Umlagesatz <sup>1)</sup> : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		son- stigen Steuern	Schlüs- selzu- weisun- gen	son- stigen Zuweil- sungen	
						Grund- steuer	Gewer- be- steuer				
											A
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Bremervörde	3 488	50,32	1 779	25,66	51,0	51,0	51,0	51,0	-	51,0	51,0
Land Hadeln	3 167	51,25	1 773	28,70	56,0	56,0	56,0	56,0	-	56,0	56,0
Osterholz	3 353	49,86	1 877	27,92	56,0	56,0	56,0	56,0	-	56,0	56,0
Rotenburg (Hannover)	2 740	51,79	1 397	26,41	51,0	51,0	51,0	51,0	-	51,0	51,0
Stade	7 968	61,20	3 785	29,07	47,5	47,5	47,5	47,5	-	47,5	47,5
Verden	4 478	55,36	2 060	25,47	46,0	46,0	46,0	46,0	-	46,0	46,0
Wesermünde	3 566	48,75	1 462	19,99	41,0	41,0	41,0	41,0	-	41,0	41,0
Reg. Bez. Stade	28 759	53,71	14 134	26,39	49,1	49,8	49,8	49,8	-	49,8	49,8
Aschendorf-Hümmling	3 016	45,89	1 606	24,43	53,2	55,0	55,0	50,0	-	55,0	55,0
Bersenbrück	4 324	54,25	2 378	29,84	55,0	55,0	55,0	55,0	-	55,0	55,0
Grafsch. Bentheim 2)	7 783	80,09	3 334	34,31	42,8	45,0	45,0	45,0	-	45,0	45,0
Lingen	4 975	74,20	2 687	40,07	54,0	54,0	54,0	54,0	-	54,0	54,0
Melle	2 372	60,26	1 328	33,75	56,0	56,0	56,0	56,0	-	56,0	56,0
Meppen	4 509	71,93	2 315	36,94	51,3	54,0	54,0	54,0	-	40,0	40,0
Osnabrück	6 900	59,43	3 598	31,00	52,1	49,0	49,0	53,0	-	53,0	53,0
Wittlage	1 641	59,97	986	36,03	60,1	60,0	60,0	63,0	-	50,0	50,0
Reg. Bez. Osnabrück	35 521	63,98	18 233	32,84	51,3	53,5	53,5	53,8	-	51,0	51,0
Aurich (Ostfriesland)	3 688	53,37	1 659	24,02	45,0	45,0	45,0	45,0	-	45,0	45,0
Leer	6 815	56,19	3 308	27,27	48,5	50,2	50,2	52,0	-	39,0	39,0
Norden	4 378	58,44	2 267	30,26	51,8	54,0	54,0	54,0	-	42,0	42,0
Wittmund	2 298	45,35	1 149	22,67	50,0	50,0	50,0	50,0	-	50,0	50,0
Reg. Bez. Aurich	17 179	54,37	8 383	26,53	48,8	49,8	49,8	50,3	-	44,0	44,0
Blankenburg	886	60,88	372	25,57	42,0	42,0	42,0	42,0	-	42,0	-
Braunschweig	3 689	55,29	1 935	29,00	52,5	48,0	48,0	56,0	-	48,0	48,0
Gandersheim	4 445	56,37	2 356	29,87	53,0	53,0	53,0	53,0	-	53,0	53,0
Goslar	2 430	55,51	1 409	32,19	58,0	58,0	58,0	58,0	-	58,0	58,0
Helmstedt	14 639	121,34	7 784	64,52	53,2	42,0	42,0	56,0	-	42,0	42,0
Wolfenbüttel	9 019	67,30	3 707	27,66	41,1	35,0	35,0	46,0	-	35,0	35,0
Verw. Bez. Braunschweig	35 107	76,56	17 563	38,30	50,0	46,3	46,3	51,8	-	46,3	39,3
Ammerland	4 199	62,13	1 595	23,61	38,0	38,0	38,0	38,0	-	38,0	38,0
Cloppenburg	4 750	53,73	1 995	22,57	42,0	42,0	42,0	42,0	-	42,0	42,0
Friesland	5 229	62,41	1 987	23,72	38,0	38,0	38,0	38,0	-	38,0	38,0
Oldenburg (Oldenburg)	3 825	54,78	1 454	20,81	38,0	38,0	38,0	38,0	-	38,0	-
Vechta	4 218	57,44	1 645	22,40	39,0	39,0	39,0	39,0	-	39,0	39,0
Wesermarsch	6 988	71,98	2 725	28,07	39,0	39,0	39,0	39,0	-	39,0	39,0
Verw. Bez. Oldenburg	29 210	60,84	11 402	23,75	39,0	39,0	39,0	39,0	-	39,0	32,7
Land Niedersachsen	294 537	62,87	147 342	31,45	50,0	50,4	49,9	50,6	-	48,3	47,0
Nordrhein-Westfalen											
Dinslaken	8 295	78,19	3 235	30,49	39,0	39,0	39,0	39,0	-	39,0	-
Düsseldorfer-Mettmann	25 019	86,79	7 506	26,04	30,0	30,0	30,0	30,0	-	30,0	-
Geldern	5 114	66,31	2 046	26,52	40,0	40,0	40,0	40,0	-	40,0	-
Grevenbroich	13 544	84,33	4 199	26,14	31,0	31,0	31,0	31,0	-	31,0	-
Kempen-Krefeld	14 721	75,08	4 416	22,52	30,0	30,0	30,0	30,0	-	30,0	-
Kleve	8 594	90,16	3 180	33,36	37,0	37,0	37,0	37,0	-	37,0	-
Moers	24 229	84,64	7 269	25,39	30,0	30,0	30,0	30,0	-	30,0	-
Rees	7 208	81,69	2 649	30,02	36,7	36,7	36,7	36,7	-	36,7	-
Rhein-Wupper-Kreis	13 746	82,25	3 904	23,36	28,4	28,4	28,4	28,4	-	28,4	-
Reg. Bez. Düsseldorf	120 468	82,23	38 402	26,21	31,9	33,6	33,6	33,6	-	33,6	-

1) Für Regierungs- (Verwaltungs-) bezirke und Land: einfacher Durchschnitt.- 2) Stadt Nordhorn-Umlage-  
satz 41,1 vH.

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz <sup>1)</sup> : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen			son- stigen Steuern	Schlüs- selzu- weisun- gen	son- stigen Zuwei- sungen
						Grund- steuer	Gewer- be- steuer				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
<b>Hessen</b>											
Alsfeld	2 673	48,43	855	15,50	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	-
Bergstraße	11 270	63,80	3 617	20,47	32,1	32,1 <sup>2)</sup>	32,1 <sup>2)</sup>	32,1	32,1	32,1	-
Büdingen	4 212	51,30	1 264	15,39	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	-
Darmstadt	5 173	57,44	1 655	18,38	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	-
Dieburg	4 945	54,27	1 582	17,37	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	-
Erbach	3 970	62,37	1 270	19,96	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	-
Friedberg	9 125	63,00	2 737	18,90	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	-
Gießen	5 985	59,50	1 795	17,85	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	-
Groß-Gerau	50 059	342,82	11 068	75,80	22,1	22,0 <sup>2)</sup>	22,0 <sup>2)</sup>	22,0	22,0	22,0	-
Lauterbach	2 250	50,56	742	16,68	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	-
Offenbach	12 759	81,19	4 083	25,98	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	-
Reg. Bez. Darmstadt	112 421	97,60	30 670	26,63	27,3	30,6	30,6	30,6	30,6	30,6	-
Eschwege	4 002	59,79	1 401	20,93	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	-
Frankenberg	2 226	46,96	734	15,50	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	-
Fritzlar-Homburg	4 466	56,37	1 429	18,04	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	-
Fulda	4 016	42,97	1 285	13,75	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	-
Kersfeld	8 474	119,03	2 712	38,09	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	-
Hofgeismar	2 947	49,14	1 135	18,92	38,5	35,0 <sup>2)</sup>	35,0 <sup>2)</sup>	35,0	35,0	35,0	-
Hünfeld	1 769	50,82	602	17,28	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	-
Kassel	3 490	48,23	1 154	15,95	33,1	33,0 <sup>2)</sup>	33,0	33,0	33,0	33,0	-
Marburg	4 341	46,89	1 389	15,00	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	-
Melsungen	2 154	47,12	735	16,07	34,1	33,0	32,0	36,0	20,0	36,0	-
Rotenburg	2 577	45,54	850	15,03	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	-
Waldeck	5 682	66,32	1 818	21,22	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	-
Witzenhausen	3 070	58,48	1 060	20,20	34,5	34,5 <sup>2)</sup>	34,5	34,5	34,5	34,5	-
Wolfhagen	1 671	45,16	551	14,90	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	-
Ziegenhain	2 537	47,33	878	16,38	34,6	34,6	34,6	34,6	34,6	34,6	-
Reg. Bez. Kassel	53 424	56,29	17 734	18,69	33,2	33,2	33,1	33,4	32,3	33,4	-
Biedenkopf	2 960	53,50	1 065	19,26	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0	-
Dillkreis	6 767	75,88	2 166	24,28	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	-
Gelnhausen	4 120	51,83	1 338	16,83	32,5	32,0 <sup>2)</sup>	32,0	32,0	32,0	32,0	-
Hanau	5 861	67,98	1 876	21,75	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	-
Limburg	4 900	60,27	1 666	20,49	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	-
Main-Taunus-Kreis	7 877	69,58	2 521	22,27	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	-
Oberlahnkreis	2 407	42,83	807	14,36	33,5	34,0	34,0	34,0	34,0	30,0	-
Obertaunus-Kreis	8 398	88,59	2 519	26,58	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	-
Rheingau-Kreis	4 494	78,76	1 348	23,63	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	-
Schlüchtern	1 875	45,93	684	16,75	36,5	35,0 <sup>2)</sup>	35,0	35,0	35,0	35,0	-
Untertaunus-Kreis	2 778	52,00	926	17,33	33,3	41,0	37,0	36,0	35,0	38,0	-
Usingen	1 302	48,42	443	16,46	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	-
Wetzlar	8 524	61,90	2 898	21,04	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	-
Reg. Bez. Wiesbaden	62 263	64,08	20 256	20,85	32,5	33,5	33,2	33,2	33,1	33,0	-
Land Hessen	228 108	74,24	68 660	22,35	30,1	32,6	32,5	32,5	32,1	32,5	-

1) Für Regierungsbezirke und Land: einfacher Durchschnitt.- 2) Bei Grundsteuer A und B der gemeindefreien Grundstücke besondere Umlagehebesätze: Kreis Bergstraße 85 vH; Kreis Groß-Gerau Grundsteuer A 110 vH, Grundsteuer B 75 vH; Kreis Hofgeismar 85 vH; Kreis Kassel Grundsteuer A 46,6 vH; Kreis Witzenhausen Grundsteuer A 78,8 vH; Kreis Gelnhausen Grundsteuer A 80 vH; Kreis Schlüchtern Grundsteuer A 83,4 vH.

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz <sup>1)</sup> : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		son- stigen Steuern	Schlüs- selzu- weisun- gen	son- stigen Zuwei- sungen	
						Grund- steuer	Gewer- be- steuer				
											A
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Bergheim (Erft)	10 319	103,50	3 302	33,12	32,0	32,0	32,0	32,0	-	32,0	-
Bonn	13 172	75,86	3 359	19,34	25,5	25,5	25,5	25,5	-	25,5	-
Euskirchen	6 903	71,04	2 243	23,09	32,5	32,5	32,5	32,5	-	32,5	-
Köln	19 915	113,44	5 975	34,03	30,0	30,0	30,0	30,0	-	30,0	-
Oberbergischer Kreis	8 982	72,42	3 144	25,35	35,0	35,0	35,0	35,0	-	35,0	-
Rheinisch-Bergischer Kreis	13 511	74,28	3 513	19,31	26,0	26,0	26,0	26,0	-	26,0	-
Siegkreis	16 187	74,70	3 885	17,93	24,0	24,0	24,0	24,0	-	24,0	-
Reg. Bez. Köln	88 990	83,27	25 421	23,79	28,6	29,3	29,3	29,3	-	29,3	-
Aachen	19 859	80,65	5 958	24,19	30,0	30,0	30,0	30,0	-	30,0	-
Düren	12 159	90,80	4 174	31,17	34,3	29,0	29,0	39,0	-	29,0	-
Erkelenz	5 595	70,97	1 846	23,42	33,0	33,0	33,0	33,0	-	33,0	-
Jülich	5 429	83,28	1 748	26,81	32,2	33,0	33,0	33,0	-	29,0	-
Monschau	1 627	61,67	533	20,97	34,0	34,0	34,0	34,0	-	34,0	-
Schleiden	3 549	59,04	1 139	18,95	32,1	34,0	34,0	34,0	-	30,6	-
Selkantskreis	9 179	81,09	2 846	25,14	31,0	31,0	31,0	31,0	-	31,0	-
Reg. Bez. Aachen	57 397	79,29	18 263	25,23	31,8	32,0	32,0	33,4	-	30,9	-
Ahaus	7 710	77,17	2 313	23,15	30,0	30,0	30,0	30,0	-	30,0	-
Beckum	13 650	94,04	3 958	27,27	29,0	29,0	29,0	29,0	-	29,0	-
Borken	4 806	61,51	1 442	18,45	30,0	30,0	30,0	30,0	-	30,0	-
Coesfeld	5 262	66,57	1 579	19,97	30,0	30,0	30,0	30,0	-	30,0	-
Lüdinghausen	9 891	79,79	2 660	21,45	26,9	26,9	26,9	26,9	-	26,9	-
Münster	6 108	67,18	1 832	20,15	30,0	30,0	30,0	30,0	-	30,0	-
Recklinghausen	26 675	90,12	7 202	24,33	27,0	27,0	27,0	27,0	-	27,0	-
Steinfurt	12 480	77,59	3 218	20,00	25,8	27,0	27,0	27,0	-	21,0	-
Tecklenburg	7 682	64,67	2 304	19,40	30,0	30,0	30,0	30,0	-	30,0	-
Warendorf	4 962	85,93	1 573	27,25	31,7	32,0	32,0	32,0	-	30,0	-
Reg. Bez. Münster	99 225	79,35	28 081	22,46	28,5	29,2	29,2	29,2	-	28,4	-
Bielefeld	8 833	76,05	3 458	29,77	39,1	40,0	40,0	40,0	-	35,0	-
Büren	3 189	55,63	1 233	21,51	38,7	42,0	42,0	42,0	-	33,5	-
Detmold <sup>2)</sup>	9 549	71,94	3 602	27,14	37,7	38,0	38,0	38,0	-	38,0	-
Halle (Westf.)	4 084	71,61	1 078	18,90	26,4	27,0	27,0	27,0	-	23,0	-
Herford	10 945	68,07	3 831	23,82	35,0	35,0	35,0	35,0	-	35,0	-
Höxter	5 452	60,25	1 873	20,70	34,4	34,5	34,5	34,5	-	34,0	-
Lemgo	9 583	73,51	3 450	26,46	36,0	36,0	36,0	36,0	-	36,0	-
Lübbecke	4 901	60,23	1 715	21,08	35,0	35,0	35,0	35,0	-	35,0	-
Minden	12 934	70,53	4 268	23,28	33,0	33,0	33,0	33,0	-	33,0	-
Paderborn	7 963	68,77	2 309	19,94	29,0	29,0	29,0	29,0	-	29,0	-
Warburg	2 479	56,77	992	22,71	40,0	40,0	40,0	40,0	-	40,0	-
Wiedenbrück <sup>3)</sup>	12 339	85,09	3 105	21,41	25,2	28,0	28,0	28,0	-	28,0	-
Reg. Bez. Detmold	92 249	70,20	30 914	23,52	33,5	34,8	34,8	34,8	-	33,3	-
Altena	16 326	105,98	5 551	36,03	34,0	34,0	34,0	34,0	-	34,0	-
Arnsberg	10 333	83,97	2 687	21,83	26,0	26,0	26,0	26,0	-	26,0	-
Brilon	4 039	57,73	1 212	17,32	30,0	30,0	30,0	30,0	-	30,0	-
Ennepe-Ruhr-Kreis	20 874	85,15	5 749	23,45	27,5	27,5	27,5	27,5	-	27,5	-
Iserlohn	15 348	88,80	3 760	21,76	24,5	24,5	24,5	24,5	-	24,5	-
Lippstadt	7 674	85,12	2 673	29,65	34,8	34,8	34,8	34,8	-	34,8	-
Meschede	4 963	68,11	1 588	21,79	32,0	32,0	32,0	32,0	-	32,0	-
Olpe	7 079	79,10	2 336	26,10	33,0	33,0	33,0	33,0	-	33,0	-
Siegen	13 664	87,77	3 689	23,70	27,0	27,0	27,0	27,0	-	27,0	-
Soest	7 230	70,41	2 675	26,05	37,0	37,0	37,0	37,0	-	37,0	-
Unna	14 346	66,99	5 021	23,45	35,0	35,0	35,0	35,0	-	35,0	-
Wittgenstein	2 274	55,38	819	19,94	36,0	36,0	36,0	36,0	-	36,0	-
Reg. Bez. Arnsberg	124 150	81,08	37 759	24,66	30,4	31,4	31,4	31,4	-	31,4	-
Land Nordrhein-Westfalen	582 480	79,21	128 840	24,32	30,7	31,9	31,9	32,1	-	31,3	-

1) Für Regierungsbezirke und Land: einfacher Durchschnitt.- 2) Stadt Lage Umlagesatz 35,9 vH.- 3) Stadt Gütersloh Umlagesatz 22,2 vH.



Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz <sup>1)</sup> : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		Gewer- be- steuer	son- stigen Steuern	Schlüs- selzu- weisun- gen	son- stigen Zuwei- sungen
						Grund- steuer	A				
								1	2	3	4
Rheinland-Pfalz											
Ahrweiler	4 448	56,25	1 211	15,32	27,2	27,5	27,5	27,5	27,5	22,5	-
Altenkirchen (Ww.)	4 114	38,67	1 603	15,07	39,0	39,9	39,9	39,9	39,9	30,2	-
Birkenfeld	6 434	72,30	2 123	23,86	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	-
Cochern	1 903	43,99	597	13,81	31,4	31,4	31,4	31,4	31,4	31,4	-
Koblenz	3 519	48,89	1 183	16,44	33,6	33,6	33,6	33,6	33,6	33,6	-
Kreuznach	8 105	66,47	2 675	21,94	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	-
Mayen	7 352	63,71	1 997	17,30	27,2	30,0	30,0	26,0	30,0	23,0	-
Neuwied	8 547	65,76	2 716	20,89	31,8	32,0	32,0	32,0	32,0	24,0	-
St. Goar	2 197	44,54	923	18,70	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0	-
Simmern (Hunsrück)	1 765	43,56	821	20,26	46,5	46,5	46,5	46,5	46,5	46,5	-
Zell (Mosel)	2 045	55,68	624	16,98	30,5	36,0	36,0	28,0	28,0	28,0	-
Reg. Bez. Koblenz	50 428	57,07	16 472	18,64	32,7	35,0	35,0	33,9	34,3	31,6	-
Berncastel	2 426	44,08	604	10,98	24,9	24,9	24,9	24,9	24,9	24,9	-
Bitburg	2 351	42,60	730	13,22	31,1	32,0	32,0	32,0	32,0	27,0	-
Daun	1 874	48,75	757	19,71	40,4	42,0	42,0	42,0	42,0	31,0	-
Prüm	1 463	37,63	509	13,10	34,8	34,8	34,8	34,8	34,8	34,8	-
Saarlouis	1 972	44,51	824	18,60	41,8	44,0	44,0	44,0	44,0	33,0	-
Trier	3 380	39,54	1 091	12,76	32,3	32,3	32,3	32,3	32,3	32,3	-
Wittlich	2 399	46,09	828	15,91	34,5	35,0	35,0	35,0	30,0	30,0	-
Reg. Bez. Trier	15 864	42,95	5 343	14,47	33,7	35,0	35,0	35,0	34,3	30,4	-
Oberwesterwald-Kreis	2 423	37,91	1 236	19,33	51,0	51,0	51,0	51,0	51,0	51,0	-
St. Goarshausen	2 846	50,69	1 181	21,04	41,5	41,5	41,5	41,5	41,5	41,5	-
Unterlahn-Kreis	2 448	43,17	979	17,27	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	-
Unterwesterwald-Kreis	4 004	55,30	1 602	22,12	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	-
Reg. Bez. Montabaur	11 720	47,04	4 997	20,06	42,6	43,1	43,1	43,1	43,1	43,1	-
Alzey	3 002	48,31	1 141	18,36	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0	-
Bingen	4 487	64,02	1 189	16,97	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5	-
Mainz	3 688	54,11	1 004	14,73	27,2	27,2	27,2	27,2	27,2	27,2	-
Worms	2 800	58,48	950	19,84	33,9	34,0	34,0	34,0	34,0	26,0	-
Reg. Bez. Rheinhessen	13 978	56,30	4 284	17,26	30,7	31,4	31,4	31,4	31,4	29,4	-
Bergzabern	2 688	60,08	1 273	28,44	47,4	48,0	48,0	48,0	48,0	40,0	-
Frankenthal (Pfalz)	3 176	58,71	1 493	27,60	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0	-
Germersheim	3 084	42,14	1 234	16,86	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	-
Kaiserslautern	3 691	38,42	1 403	14,60	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0	-
Kirchheimbolanden	1 626	47,43	813	23,71	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	-
Kusel	2 994	40,44	1 347	18,20	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0	-
Landau i. d. Pfalz	2 924	49,03	1 099	18,44	37,6	37,6	37,6	37,6	37,6	37,6	-
Ludwigshafen a. Rhein	1 533	38,73	550	13,89	35,9	35,9	35,9	35,9	35,9	35,9	-
Neustadt a. d. Weinstraße	5 820	62,46	1 746	18,74	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	-
Pirmasens	4 227	57,42	1 606	21,82	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0	-
Rockenhausen	1 630	40,00	685	16,80	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0	-
Speyer	1 245	37,93	436	13,28	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	-
Zweibrücken	997	34,94	502	17,61	50,4	53,5	53,5	53,5	53,5	40,5	-
Reg. Bez. Pfalz	25 634	47,86	14 186	19,05	39,8	41,5	41,5	41,5	41,5	39,9	-
Land Rheinland-Pfalz	127 625	51,16	45 282	18,15	35,5	37,6	37,6	37,3	37,3	35,1	-

1) Für Regierungsbezirke und Land: einfacher Durchschnitt.

Landkreise	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz <sup>1)</sup> : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen			Schlüs- selsu- weisun- gen gem. § 10 1b FAG	Schlüs- selsu- weisun- gen gem. § 10 1a FAG	son- stigen Zusai- nungen
						Grund- steuer	Gewer- be- steuer	Grund- steuer			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
<b>Baden-Württemberg</b>											
Aalen	11 347	84,53	2 591	19,30	22,8	22,8	22,8	22,8	22,8	22,8	-
Backnang	7 871	95,05	1 889	22,81	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	-
Böblingen	13 643	114,07	2 676	22,37	19,6	19,6	19,6	19,6	19,6	19,6	-
Crailsheim	4 512	72,67	1 083	17,44	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	-
EBlingen	20 253	115,63	3 443	19,66	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0	-
Göppingen	25 029	131,63	4 005	21,06	16,0	16,0	16,0	16,0	16,0	16,0	-
Heidenheim	13 096	124,70	2 750	26,19	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	-
Heilbronn	14 121	91,55	2 542	16,48	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	-
Künzelsau	2 425	81,03	546	18,23	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5	-
Leonberg	7 473	89,41	1 233	14,75	16,5	16,5	16,5	16,5	16,5	16,5	-
Ludwigsburg	26 721	122,53	4 543	20,83	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0	-
Mergentheim	3 381	86,02	811	20,65	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	-
Nürtingen	13 683	114,32	2 942	24,58	21,5	21,5	21,5	21,5	21,5	21,5	-
Öhringen	3 406	81,78	715	17,17	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	-
Schwäbisch Gmünd	9 091	95,41	1 545	16,22	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0	-
Schwäbisch Hall	4 696	81,60	775	13,46	16,5	16,5	16,5	16,5	16,5	16,5	-
Ulm	6 263	80,00	1 378	17,60	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	-
Vaihingen	6 769	98,44	1 557	22,64	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	-
Waiblingen	17 288	102,97	3 129	18,64	18,1	18,1	18,1	18,1	18,1	18,1	-
Reg. Bez. Nordwürttemberg	211 067	104,32	40 152	19,84	19,0	20,1	20,1	20,1	20,1	20,1	-
Bruchsal	9 135	81,83	2 010	18,00	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	-
Buchen	3 760	62,40	1 166	19,34	31,0	31,0	31,0	31,0	31,0	31,0	-
Heidelberg	11 014	81,39	2 919	21,57	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5	-
Karlsruhe	12 119	78,48	2 969	19,23	24,5	24,5	24,5	24,5	24,5	24,5	-
Mannheim	13 363	90,02	2 940	19,80	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	-
Mosbach	4 486	73,81	1 256	20,67	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0	-
Pforzheim	5 303	88,71	1 379	23,06	26,0	26,0	26,0	26,0	26,0	26,0	-
Sinsheim	5 514	74,39	1 489	20,09	27,0	27,0	27,0	27,0	27,0	27,0	-
Tauberbischofsheim	5 224	69,44	1 620	21,53	31,0	31,0	31,0	31,0	31,0	31,0	-
Reg. Bez. Nordbaden	69 918	79,45	17 746	20,17	25,4	26,4	26,4	26,4	26,4	26,4	-
Bühl	6 419	84,19	1 476	19,36	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	-
Donauesschingen	5 852	94,99	1 346	21,85	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	-
Emmendingen	7 749	79,43	1 821	18,67	23,5	23,5	23,5	23,5	23,5	23,5	-
Freiburg	4 506	63,45	1 036	14,59	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	-

1) Für Regierungsbezirke und Land: einfacher Durchschnitt.

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz <sup>1)</sup> : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen			Schlüs- selzu- weisun- gen gem. § 10, 1b FAG	Schlüs- selzu- weisun- gen gem. § 10, 1a FAG	son- stigen Zuwe- isungen
						Grund- steuer	Gewer- be- steuer				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Hochschwarzwald	4 000	96,89	1 000	24,22	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	-
Kehl	4 242	83,77	976	19,27	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	-
Konstanz	16 986	116,27	4 247	29,07	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	-
Lehr	7 405	95,30	1 651	23,83	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	-
Lörrach	13 213	104,89	2 907	23,08	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	-
Müllheim	4 706	92,12	1 082	21,19	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	-
Offenburg	8 846	92,65	2 035	21,31	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	-
Rastatt	12 645	115,96	2 845	26,09	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5	-
Säckingen	7 663	126,31	1 533	25,26	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	-
Stoosach	3 268	74,84	752	17,21	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	-
Überlingen	4 438	82,73	1 065	19,86	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	-
Villingen	10 638	141,50	2 340	31,13	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	-
Waldshut	6 942	111,08	1 597	25,55	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	-
Wolfach	5 164	102,51	1 033	20,50	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	-
Reg. Bez. Südbaden	134 685	99,78	30 942	22,92	23,0	22,9	22,9	22,9	22,9	22,9	-
Balingen	11 773	126,01	2 708	28,98	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	-
Biberach	8 090	85,90	1 780	18,90	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	-
Calw	10 120	91,90	2 530	22,98	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	-
Ehingen	4 011	97,62	882	21,48	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	-
Freudenstadt	5 754	103,08	1 126	20,18	19,6	19,6	19,6	19,6	19,6	19,6	-
Hechingen	4 229	86,66	744	15,25	17,6	17,6	17,6	17,6	17,6	17,6	-
Horb	2 820	70,79	649	16,28	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	-
Münsingen	2 638	70,25	554	14,75	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	-
Ravensburg	10 347	104,33	2 100	21,18	20,3	20,3	20,3	20,3	20,3	20,3	-
Reutlingen	19 441	131,84	2 542	17,24	13,1	13,1	13,1	13,1	13,1	13,1	-
Rottweil	12 791	108,71	2 558	21,74	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	-
Saulgau	5 349	83,69	1 230	19,25	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	-
Sigmaringen	3 828	86,14	921	20,67	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	-
Tettnang	5 621	84,39	1 169	17,55	20,8	20,8	20,8	20,8	20,8	20,8	-
Tübingen	11 364	99,57	1 273	11,15	11,2	11,2	11,2	11,2	11,2	11,2	-
Tuttlingen	8 549	116,23	1 624	22,08	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	-
Wangen	6 869	101,44	1 499	22,14	21,8	21,8	21,8	21,8	21,8	21,8	-
Reg. Bez. Südwestfalen- Hohensollern	133 603	101,56	25 890	19,68	19,4	20,4	20,4	20,4	20,4	20,4	-
Land Baden-Württemberg	549 272	98,64	114 730	20,60	20,9	21,9	21,9	21,9	21,9	21,9	-

1) Für Regierungsbezirke und Land: einfacher Durchschnitt.

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz <sup>1)</sup> : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d.Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		son- stigen Steuern	Schlüs- selzu- weisun- gen	son- stigen Zuwei- sungen	
						Grund- steuer	Gewer- be- steuer				
											A
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Bayern											
Aichach	1 966	49,66	787	19,86	40,0	40,0	40,0	40,0	-	40,0	-
Altötting	6 709	90,85	2 689	36,41	40,1	50,0	50,0	38,6	-	15,0	-
Bad Aibling	2 298	54,76	1 149	27,38	50,0	50,0	50,0	50,0	-	50,0	-
Bad Tölz	2 311	62,55	1 087	29,43	47,0	47,0	47,0	47,0	-	47,0	-
Berchtesgaden	2 329	62,33	1 075	28,76	46,1	56,0	48,0	48,0	-	22,0	-
Dachau	4 694	73,46	2 112	33,06	45,0	45,0	45,0	45,0	-	45,0	-
Ebersberg	2 558	49,59	1 253	24,30	49,0	49,0	49,0	49,0	-	49,0	-
Erding	3 284	52,16	1 708	27,13	52,0	52,0	52,0	52,0	-	52,0	-
Freising	2 776	59,12	1 566	33,34	56,4	56,4	56,4	56,4	-	56,4	-
Fürstenfeldbruck	3 785	50,75	1 718	23,04	45,4	45,4	45,4	45,4	-	45,4	-
Garmisch-Partenkirchen	4 805	85,67	1 393	24,84	29,0	29,0	29,0	29,0	-	29,0	-
Ingolstadt	2 031	44,29	1 136	24,79	56,0	60,0	60,0	55,0	-	50,0	-
Landberg	1 745	44,22	749	18,99	42,9	45,0	45,0	40,0	-	40,0	-
Laufen	2 536	48,11	1 046	19,85	41,3	41,3	41,3	41,3	-	41,3	-
Miesbach	4 584	67,70	1 973	29,14	43,0	47,0	42,0	43,0	-	41,0	-
Mühldorf	3 138	53,55	1 605	27,39	51,1	56,0	56,0	48,0	-	43,0	-
München	6 769	68,72	2 741	27,83	40,5	40,5	40,5	40,5	-	40,5	-
Pfaffenhofen a.d. Ilm	2 655	53,83	1 354	27,45	51,0	51,0	51,0	51,0	-	51,0	-
Rosenheim	4 000	50,46	1 920	24,22	48,0	48,0	48,0	48,0	-	48,0	-
Schongau	2 757	75,21	1 227	33,47	44,5	44,5	44,5	44,5	-	44,5	-
Schrobenhausen	1 461	50,14	774	26,56	53,0	53,0	53,0	53,0	-	53,0	-
Starnberg	4 289	64,41	1 587	23,83	37,0	37,0	37,0	37,0	-	37,0	-
Traunstein	4 958	62,53	2 439	30,75	49,2	70,0	50,0	43,0	-	43,0	-
Wasserburg a. Inn	2 476	49,93	1 238	24,97	50,0	50,0	50,0	50,0	-	50,0	-
Weilheim	3 688	56,26	1 639	24,99	44,4	45,0	47,0	45,0	-	35,0	-
Wolferatshausen	2 244	54,90	1 122	27,45	50,0	50,0	50,0	50,0	-	50,0	-
Reg. Bez. Oberbayern	86 846	60,10	39 088	27,05	45,0	48,4	47,2	45,8	-	43,0	-
Bogen	1 111	32,08	722	20,85	65,0	65,0	65,0	65,0	-	65,0	-
Deggendorf	1 868	35,49	1 027	19,52	55,0	55,0	55,0	55,0	-	55,0	-
Dingolfing	1 551	46,16	1 048	31,20	67,6	67,6	67,6	67,6	-	67,6	-
Eggenfelden	2 196	44,71	1 142	23,25	52,0	52,0	52,0	52,0	-	52,0	-
Grafenau	1 232	44,06	739	26,44	60,0	60,0	60,0	60,0	-	60,0	-
Griesbach i. Rottal	1 981	47,08	1 090	25,90	55,0	55,0	55,0	55,0	-	55,0	-
Kelheim	2 983	58,62	1 342	26,38	45,0	45,0	45,0	45,0	-	45,0	-
Kötzting	1 039	31,88	551	16,90	53,0	53,0	53,0	53,0	-	53,0	-
Landau a.d. Isar	1 435	44,92	890	27,85	62,0	62,0	62,0	62,0	-	62,0	-
Landshut	1 758	46,21	1 108	29,11	63,0	63,0	63,0	63,0	-	63,0	-
Mainburg	1 350	63,32	789	37,00	58,4	58,4	58,4	58,4	-	58,4	-
Mallersdorf	1 518	49,42	965	31,42	63,6	63,6	63,6	63,6	-	63,6	-
Passau	3 001	50,92	1 501	25,46	50,0	50,0	50,0	50,0	-	50,0	-
Pfarrkirchen	3 007	58,37	1 731	33,61	57,6	59,0	59,0	59,0	-	59,0	-
Regen	1 869	43,56	972	22,65	52,0	52,0	52,0	52,0	-	52,0	-
Rottenburg	1 067	45,73	650	27,87	60,9	62,0	62,0	62,0	-	50,0	-
Straubing	1 305	44,53	913	31,17	70,0	70,0	70,0	70,0	-	70,0	-
Viechtach	1 065	35,44	623	20,73	58,5	58,5	58,5	58,5	-	58,5	-
Vilsbiburg	1 756	46,27	995	26,22	56,7	60,0	60,0	53,0	-	53,0	-
Vilshofen	2 202	40,90	1 432	26,58	65,0	65,0	65,0	65,0	-	65,0	-
Wegscheid	819	35,71	557	24,28	68,0	68,0	68,0	68,0	-	68,0	-
Wolfstein	1 419	34,97	780	19,24	55,0	55,0	55,0	55,0	-	55,0	-
Reg. Bez. Niederbayern	37 534	44,85	21 568	25,77	57,5	59,1	59,1	58,7	-	57,3	-

1) Für Regierungsbezirke: einfacher Durchschnitt.

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz <sup>1)</sup> : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d.Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		son- stigen Steuern	Schlüs- selzu- weisun- gen	son- stigen Zuweil- sungen	
						Grund- steuer A	Gewer- be- steuer B				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
noch: <u>Bayern</u>											
Amberg	1 778	40,74	1 000	22,93	56,3	64,0	64,0	52,0	-	52,0	-
Beilngries	657	39,61	348	21,00	53,0	53,0	53,0	53,0	-	53,0	-
Burglengenfeld	3 053	69,13	1 771	40,10	58,0	58,0	58,0	58,0	-	58,0	-
Cham	1 483	39,30	742	19,65	50,0	50,0	50,0	50,0	-	50,0	-
Eschenbach i.d.OPf.	1 439	42,75	734	21,80	51,0	51,0	51,0	51,0	-	51,0	-
Kemnath	922	42,87	474	22,06	51,5	60,0	60,0	48,5	-	45,0	-
Nabburg	1 349	48,18	848	30,29	62,9	66,0	66,0	66,0	-	50,0	-
Neumarkt i.d.OPf.	1 165	34,04	571	16,68	49,0	49,0	49,0	49,0	-	49,0	-
Neunburg vorm Wald	616	37,13	414	24,96	67,2	70,0	70,0	65,0	-	65,0	-
Neustadt a.d.Waldnaab	2 470	48,18	1 264	24,65	51,2	59,0	59,0	48,0	-	48,0	-
Oberviechtach	475	32,25	266	18,06	56,0	56,0	56,0	56,0	-	56,0	-
Parsberg	1 296	36,55	745	21,02	57,5	65,0	65,0	50,0	-	50,0	-
Regensburg	3 181	39,22	1 750	21,57	55,0	55,0	55,0	55,0	-	55,0	-
Riedenburg	727	42,07	383	22,20	52,8	60,0	60,0	45,0	-	45,0	-
Roding	994	34,18	525	18,05	52,8	52,8	52,8	52,8	-	52,8	-
Sulzbach-Rosenberg	1 816	56,89	817	25,60	45,0	45,0	45,0	45,0	-	45,0	-
Tirschenreuth	2 931	50,74	1 474	25,52	50,3	50,3	50,3	50,3	-	50,3	-
Vohenstrauß	1 066	42,28	640	25,37	60,0	60,0	60,0	60,0	-	60,0	-
Waldmünchen	707	42,21	353	21,11	50,0	50,0	50,0	50,0	-	50,0	-
Reg. Bez. Oberpfalz	28 125	44,17	15 120	23,75	53,8	56,5	56,5	52,9	-	51,8	-
Bamberg	3 486	44,32	1 805	22,94	51,8	55,0	55,0	50,0	-	50,0	-
Bayreuth	1 955	42,25	821	17,74	42,0	42,0	42,0	42,0	-	42,0	-
Coburg	3 539	54,47	1 345	20,70	38,0	38,0	38,0	38,0	-	38,0	-
Ebermannstadt	906	34,52	451	17,19	49,8	49,8	49,8	49,8	-	49,8	-
Forchheim	1 453	35,76	692	17,02	47,6	47,6	47,6	47,6	-	47,6	-
Höchstädt a.d.Aisch	1 857	43,70	824	19,40	44,4	53,0	53,0	40,0	-	40,0	-
Hof	1 924	57,75	770	23,10	40,0	40,0	40,0	40,0	-	40,0	-
Kronach	3 645	46,94	1 519	19,56	41,7	41,7	41,7	41,7	-	41,7	-
Kulmbach	1 904	54,05	912	25,90	47,9	47,0	47,0	49,0	-	45,0	-
Lichtenfels	4 036	76,52	1 735	32,90	43,0	43,0	43,0	43,0	-	43,0	-
Münchberg	3 174	74,59	1 219	28,65	38,4	43,0	43,0	37,0	-	37,0	-
Naila	2 300	63,73	943	26,13	41,0	41,0	41,0	41,0	-	41,0	-
Pegnitz	1 609	45,07	756	21,18	47,0	47,0	47,0	47,0	-	47,0	-
Rehau	1 665	59,97	749	26,99	45,0	45,0	45,0	45,0	-	45,0	-
Stadtsteinach	818	39,63	384	18,63	47,0	47,0	47,0	47,0	-	47,0	-
Staffelstein	975	39,27	478	19,24	49,0	49,0	49,0	49,0	-	49,0	-
Wunsiedel	3 744	63,28	1 441	24,36	38,5	38,5	38,5	38,5	-	38,5	-
Reg. Bez. Oberfranken	38 991	52,34	16 845	22,61	43,2	45,2	45,2	43,9	-	43,6	-

1) Für Regierungsbezirke: einfacher Durchschnitt.

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz <sup>1)</sup> : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		son- stigen Steuern	Schlüs- selzu- weisun- gen	son- stigen Zuweil- sungen	
						Grund- steuer	Gewer- be- steuer				
											A
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
noch: <u>Bayern</u>											
Ansbach	2 122	42,25	953	18,98	44,9	48,0	48,0	43,0	-	43,0	-
Dinkelsbühl	1 758	51,23	844	24,59	48,0	48,0	48,0	48,0	-	48,0	-
Eichstätt	1 370	46,72	587	20,00	42,8	48,0	48,0	38,0	-	38,0	-
Erlangen	1 462	52,15	598	21,34	40,9	40,9	40,9	40,9	-	40,9	-
Feuchtwangen	1 430	41,87	649	19,01	45,4	52,0	52,0	39,0	-	52,0	-
Fürth	3 276	56,26	1 310	22,51	40,0	40,0	40,0	40,0	-	40,0	-
Gunzenhausen	1 600	40,24	752	18,91	47,0	47,0	47,0	47,0	-	47,0	-
Hersbruck	1 593	49,17	757	23,38	47,5	47,5	47,5	47,5	-	47,5	-
Hilpoltstein	1 165	37,64	513	16,56	44,0	44,0	44,0	44,0	-	44,0	-
Lauf (Pegnitz)	3 362	73,56	1 513	33,10	45,0	45,0	45,0	45,0	-	45,0	-
Neustadt a.d.Aisch	1 993	48,80	917	22,45	46,0	46,0	46,0	46,0	-	46,0	-
Nürnberg	2 601	55,72	1 249	26,75	48,0	48,0	48,0	48,0	-	48,0	-
Rothenburg o.d.T.	750	37,28	457	22,74	61,0	61,0	61,0	61,0	-	61,0	-
Scheinfeld	858	40,07	446	20,84	52,0	52,0	52,0	52,0	-	52,0	-
Schwabach	3 155	58,34	1 530	28,30	48,5	48,5	48,5	48,5	-	48,5	-
Uffenheim	1 964	50,16	1 021	26,08	52,0	52,0	52,0	52,0	-	52,0	-
Weissenburg i. Bay.	1 731	47,95	730	20,23	42,2	42,2	42,2	42,2	-	42,2	-
Reg. Bez. Mittelfranken											
Alzenau i. Ufr.	1 898	43,44	719	16,45	37,9	45,0	45,0	35,0	-	35,0	-
Aschaffenburg	3 362	52,89	1 177	18,51	35,0	35,0	35,0	35,0	-	35,0	-
Bad Kissingen	1 357	33,59	828	20,49	61,0	61,0	61,0	61,0	-	61,0	-
Bad Neustadt a.d.Saale	1 674	51,44	753	23,15	45,0	45,0	45,0	45,0	-	45,0	-
Brückenau	874	46,26	447	23,63	51,1	60,0	59,0	45,0	-	45,0	-
Ebern	1 089	43,69	561	22,50	51,5	51,5	51,5	51,5	-	51,5	-
Gemünden	893	43,78	415	20,36	46,5	46,5	46,5	46,5	-	46,5	-
Gerolzhofen	1 738	43,99	869	22,00	50,0	50,0	50,0	50,0	-	50,0	-
Hammelburg	888	34,45	569	22,05	64,0	64,0	64,0	64,0	-	64,0	-
Haßfurt	1 862	44,24	931	22,12	50,0	50,0	50,0	50,0	-	50,0	-
Hofheim i. Ufr.	765	41,15	373	20,06	48,7	56,0	56,0	42,0	-	42,0	-
Karlstadt	2 093	53,58	994	25,45	47,5	47,5	47,5	47,5	-	47,5	-
Kitzingen	1 468	39,86	785	21,33	53,5	53,5	53,5	53,5	-	53,5	-
Königshofen i. Grabfeld	728	40,82	393	22,04	54,0	54,0	54,0	54,0	-	54,0	-
Lohr a. Main	1 774	53,26	816	24,50	46,0	46,0	46,0	46,0	-	46,0	-
Marktheidenfeld	1 929	50,30	878	22,88	45,5	45,5	45,5	45,5	-	45,5	-
Mellrichstadt	878	39,56	374	16,83	42,5	44,5	44,5	41,0	-	41,0	-
Miltenberg	1 801	51,54	865	24,74	48,0	48,0	48,0	48,0	-	48,0	-
Obernburg	5 264	99,55	2 106	39,82	40,0	40,0	40,0	40,0	-	40,0	-
Ochsenfurt	2 137	60,00	1 047	29,40	49,0	49,0	49,0	49,0	-	49,0	-
Schweinfurt	2 311	39,28	855	14,53	37,0	37,0	37,0	37,0	-	37,0	-
Würzburg	2 549	38,58	739	11,19	29,0	29,0	29,0	29,0	-	29,0	-
Reg. Bez. Unterfranken											
	39 332	48,78	17 492	21,69	44,5	48,1	48,0	46,2	-	46,2	-

1) Für Regierungsbezirke: einfacher Durchschnitt.

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz <sup>1)</sup> : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		Gewer- be- steuer	son- stigen Steuern	Schlüs- selzu- weisun- gen	son- stigen Zuweil- sungen
						Grund- steuer A	B				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
noch: <u>Bayern</u>											
Augsburg	5 723	62,24	1 816	19,75	31,7	31,7	31,7	31,7	-	31,7	-
Dillingen a.d. Donau	2 776	54,12	1 360	26,52	49,0	49,0	49,0	49,0	-	49,0	-
Donauwörth	2 744	49,71	960	17,40	35,0	35,0	35,0	35,0	-	35,0	-
Friedberg	1 978	54,47	795	21,90	40,2	40,2	40,2	40,2	-	40,2	-
Füssen	2 397	70,87	935	27,64	39,0	39,0	39,0	39,0	-	39,0	-
Günzburg	2 306	47,03	899	18,32	39,0	41,5	41,5	37,5	-	37,5	-
Illertissen	2 513	66,18	893	23,51	35,5	35,5	35,5	35,5	-	35,5	-
Kaufbeuren	1 878	52,91	903	25,46	48,1	51,5	51,5	44,5	-	44,5	-
Kempten (Allgäu)	3 361	66,67	1 344	26,67	40,0	40,0	40,0	40,0	-	40,0	-
Krumbach (Schwaben)	1 775	51,51	852	24,73	48,0	48,0	48,0	48,0	-	48,0	-
Lindau (Bodensee)	2 747	70,07	1 264	32,23	46,0	46,0	46,0	46,0	-	46,0	-
Marktoberdorf	3 023	79,40	1 391	36,52	46,0	46,0	46,0	46,0	-	46,0	-
Memmingen	2 664	56,36	1 199	25,36	45,0	45,0	45,0	45,0	-	45,0	-
Mindelheim	3 217	62,71	1 287	25,08	40,0	40,0	40,0	40,0	-	40,0	-
Neuburg a.d. Donau	1 726	43,66	863	21,83	50,0	50,0	50,0	50,0	-	50,0	-
Neu-Ulm	2 336	51,59	1 035	22,85	44,3	44,3	44,3	44,3	-	44,3	-
Nördlingen	1 467	40,40	814	22,42	55,5	55,5	55,5	55,5	-	55,5	-
Schwabmünchen	2 112	51,55	993	24,23	47,0	47,0	47,0	47,0	-	47,0	-
Sonthofen	4 360	66,91	2 001	30,72	45,9	45,9	45,9	45,9	-	45,9	-
Wertingen	2 001	62,15	887	27,55	44,3	60,0	60,0	37,0	-	37,0	-
Reg. Bez. Schwaben	53 105	58,28	22 491	24,68	42,4	44,6	44,6	42,9	-	42,9	-
Land Bayern	316 123	52,49	147 432	24,48	46,6	50,1	49,8	48,2	-	47,4	-

1) Für Regierungsbezirk und Land: einfacher Durchschnitt.

Gesetzliche Bestimmungen über die Erhebung der Kreisumlage  
in den Ländern des Bundesgebietes  
für das Rechnungsjahr 1957  
(Auszüge aus den Finanzausgleichsgesetzen der Länder)

Schleswig-Holstein

Gesetz über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein (Finanzausgleichsgesetz) vom 25.5.1955 in der Fassung des ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein vom 27.3.1956

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 23 Finanzausgleichsgesetz (FAG)

K r e i s u m l a g e

- (1) Soweit die sonstigen Einnahmen eines Kreises seinen Bedarf nicht decken, ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden, gemeindefreien Grundstücken und Gutsbezirken zu erheben (Kreisumlage).
- (2) Die Kreisumlage wird für jedes Rechnungsjahr in Hundertsätzen der Umlagegrundlagen bemessen. Umlagegrundlagen sind die für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen (§ 9) sowie 70 vH der allgemeinen Schlüsselzuweisungen (§ 7 Abs. 2), jedoch ohne die Sonderschlüsselzuweisungen (§ 7 Abs. 3).
- (3) Werden die Hundertsätze, die der Kreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern als Kreisumlage erhebt (Umlagesätze), verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen. Bei stärkerer Abweichung eines Umlagesatzes bedarf der Umlagebeschluß der Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde. Der Umlagesatz der Schlüsselzuweisungen darf nicht höher sein als der niedrigste Umlagesatz der Steuerkraftzahlen.
- (4) Der Umlagebeschluß bedarf der Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde außerdem dann, wenn ein Umlagesatz auf mehr als ein Drittel festgelegt werden soll. Der Innenminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Genehmigungspflicht für die Höhe der Umlagesätze abweichend von Satz 1 festzusetzen, wenn den Kreisen oder Gemeinden durch Gesetz neue Aufgaben übertragen oder ihre bestehenden Pflichten erweitert oder vermindert werden und sich dadurch das Verhältnis der Ausgabenbelastung zwischen Kreisen und Gemeinden wesentlich verändert.
- (5) Die geltenden Bestimmungen über die Mehr- oder Minderbelastung einzelner Kreisteile bleiben unberührt.
- (6) Die Kreisumlage ist monatlich zu zahlen. Für rückständige Beträge können mit Zustimmung des Innenministers Verzugszinsen erhoben werden.

II. Berechnung der Steuerkraftzahlen

§ 9 FAG

- (1) Die Steuerkraftmeßzahl wird ermittelt, indem die für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden.
- (2) Als Steuerkraftzahlen werden angesetzt:



1. bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 140 vH der Meßbeträge,
2. bei der Grundsteuer von den Grundstücken 140 vH der ersten 20 000 Deutsche Mark der Meßbeträge, 160 vH der weiteren 100 000 Deutsche Mark der Meßbeträge, 200 vH der weiteren 400 000 Deutsche Mark der Meßbeträge, 250 vH der weiteren Meßbeträge,
3. 70 vH der gemäß § 13 dieses Gesetzes gewährten Grundsteuerausfallentschädigung,
4. bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital 210 vH der Meßbeträge. Die Gewerbesteuerausgleichsbeträge werden mit 70 vH des im vergangenen Kalenderjahr gezahlten Betrages von den Steuerkraftzahlen der Betriebsgemeinden abgesetzt und mit 35 vH den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzugefügt.

(3) Wenn die Summe der Mehrbelastung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe in einer Gemeinde seit dem 1. Januar 1935 durch Umlagen von Deichverbänden und Wasser- und Bodenverbänden mehr als 40 vH der Summe der Steuermeßbeträge der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in der Gemeinde beträgt, so ermäßigt sich die Steuerkraftzahl für diese Steuer um 20 vH des Mehrbetrages. Der Berechnung der Mehrbelastung ist der Jahresbetrag der Umlagen nach dem Stand vom 1. Dezember 1949 zugrunde zu legen. Die Vorschriften gelten entsprechend für die Steuerkraftzahlen der Grundsteuer von den Grundstücken mit der Maßgabe, daß bei Gemeinden mit mehr als 2 000 Einwohnern an die Stelle von 40 vH der Steuermeßbeträge der Satz von 60 vH tritt.

### III. Meßbeträge

noch § 9, Absatz 4, FAG

(4) Als Meßbeträge sind anzusetzen:

1. Die Meßbeträge der Grundsteuer nach dem Abschluß der Grundsteuermeßbetragsverzeichnisse vom 15. November des vergangenen Jahres.

Hiervon werden die Meßbeträge für Grundstücke und Grundstücksteile mit zerstörten oder demonitierten Gebäuden abgezogen, die im Grundsteuermeßbetragsverzeichnis enthalten sind, für die aber die Grundsteuer auf Antrag erlassen werden mußte, wenn und soweit aus dem Grundstück im Erlaßzeitraum kein Nutzen gezogen worden ist (§ 33 Abs. 4 des Grundsteuergesetzes in der Fassung vom 10. August 1951 - BGBl. I. S. 519 -). Voraussetzung für den Abzug ist, daß diese Meßbeträge mehr als 5 vH der Summe der Meßbeträge nach dem Abschluß der Grundsteuermeßbetragsverzeichnisse vom 15. November des vergangenen Kalenderjahres betragen.

Grundsteuermeßbeträge, welche im letzten Anschreibungsjahr mit rückwirkender Kraft von den Finanzämtern angeschrieben sind, werden abgezogen, wenn

- a) sie nicht mehr als zwei Rechnungsjahre vor dem im letzten Anschreibungsjahr begonnenen Rechnungsjahr zurückwirken und
- b) sie bei Gegenüberstellung von Zu- und Abgängen im Ergebnis dieser beiden Rechnungsjahre einen Abgang ergeben und
- c) dieser Abgang 5 vH der Summe der Grundsteuermeßbeträge der Grundsteuer A und B nach dem vorletzten Abschluß der Meßbetragsverzeichnisse übersteigt.

2. die Gewerbesteuermeßbeträge, die sich ergeben, wenn das Aufkommen an Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital im vergangenen Kalenderjahr durch den Hebesatz für das vergangene Rechnungsjahr geteilt wird. Der Innenminister ist im Einvernehmen mit dem Finanzminister ermächtigt zu bestimmen, von welchem Zeitpunkt ab die Gewerbesteuermeßbeträge nach den von den Finanzämtern geführten Meßbetragsverzeichnissen zu berechnen sind; für eine Übergangszeit kann neben den Meßbetragsverzeichnissen noch das Istaufkommen als Grundlage hinzugezogen werden. Der Innenminister erläßt im Einvernehmen mit dem Finanzminister die Richtlinien über die Berechnung der Gewerbesteuermeßbeträge.

## Niedersachsen

Gesetz zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs (Niedersächsisches Finanzausgleichsgesetz - NFAG -) vom 23. April 1957.

### I. Allgemeine Bestimmungen

#### K r e i s u m l a g e

##### § 38 FAG

- (1) Soweit die sonstigen Einnahmen eines Landkreises seinen Bedarf nicht decken, ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden, gemeindefreien Grundstücken und Gutsbezirken zu erheben (Kreisumlage).
- (2) Die Kreisumlage ist in der Haushaltssatzung für jedes Rechnungsjahr (Umlagejahr) neu festzusetzen. Sie wird bemessen in Hundertsätzen der für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke, Gutsbezirke) festgesetzten Steuerkraftzahlen (§§ 5 bis 7) sowie in einem Hundertsatz der Schlüsselzuweisungen und Sonderzuweisungen, die sie für das Umlagejahr zu beanspruchen haben (§§ 2 bis 9). Die Summe dieser Umlagegrundlagen ergibt die Umlagekraftmeßzahl. Soweit die Meßbeträge aus dem Grund- oder Gewerbesteuer-Istaufkommen zu ermitteln sind, ist - abweichend von § 6 Abs. 3 und 4 - das Istaufkommen des vergangenen Rechnungsjahres zugrunde zu legen.
- (3) Werden die Hundertsätze, die der Kreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern und den Schlüsselzuweisungen (einschließlich Sonderzuweisungen - § 9 -) als Kreisumlage erhebt (Umlagesätze), verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen. Der Minister des Innern kann Ausnahmen zulassen.
- (4) Die gemeindefreien Grundstücke und Gutsbezirke können mit einem besonderen Umlagesatz zur Kreisumlage herangezogen werden, soweit ihre Belastung durch die Kreisumlage und die sonstigen öffentlichen Lasten insgesamt der durchschnittlichen Anspannung der Realsteuern in den Gemeinden des Landkreises nicht entspricht.
- (5) Die Umlagesätze können im Laufe des Umlagejahres einmal geändert werden. Die Nachtragshaushaltssatzung über die Änderung der Umlagesätze muß vor dem 15. November beschlossen und die Änderung den Umlagepflichtigen unverzüglich mitgeteilt werden. Die Änderung der Umlagesätze wirkt auf den Beginn des Umlagejahres zurück.
- (6) Der Umlagebeschluß bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

##### § 39 FAG

- (1) Wenn Einrichtungen des Kreises einzelnen kreisangehörigen Gemeinden in besonders hohem oder besonders geringem Maße zugute kommen, kann der Kreis, soweit nicht gesetzliche Sonderregelungen, vertragliche Vereinbarungen oder andere Rechtstitel entgegenstehen, diese Unterschiede bei der Heranziehung zur Kreisumlage angemessen berücksichtigen. Soweit es sich hierbei um soziale Einrichtungen handelt, ist der Kreis zur Berücksichtigung verpflichtet.
- (2) Bei der Heranziehung zur Kreisumlage kann, soweit nicht gesetzliche Sonderregelungen, vertragliche Vereinbarungen oder andere Rechtstitel entgegenstehen, auch die außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, die einzelnen kreisangehörigen Gemeinden daraus erwächst, daß sie Einrichtungen unterhalten, die auch der übrigen Bevölkerung des Kreises oder einzelnen Kreisteilen in besonderem Maße zustatten kommen. Der Landkreis ist bei sozialen Einrichtungen zur Berücksichtigung verpflichtet, wenn er den Antrag einer Gemeinde, die Einrichtung auf den Kreis zu übernehmen oder sie nach Maßgabe des Zweckverbandsgesetzes gemeinschaftlich mit der Gemeinde zu unterhalten, abgelehnt hat. Treffen Gemeinden nach Inkrafttreten dieses Gesetzes Einrichtungen der in Absatz 2 genannten Art, so entsteht eine Ausgleichsverpflichtung des Kreises nur auf Grund entsprechender Vereinbarungen. Das gilt auch für die Erweiterung oder wesentliche Veränderung bestehender Einrichtungen.

## II. Berechnung der Steuerkraftzahlen

### § 5 FAG

(1) Die Steuerkraftmeßzahl (§ 2 Abs. 3) wird gefunden, in dem die Meßbeträge der Grundsteuer und der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital mit besonderen Durchschnittshebesätzen vervielfältigt und als Steuerkraftzahlen zusammengezählt werden.

(2) Für die Berechnung der Steuerkraftmeßzahl (Absatz 1) werden als Steuerkraftzahl angesetzt

vom Hundert

a) Bei der Grundsteuer A (von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) die Meßbeträge mit	100
b) bei der Grundsteuer B (von den Grundstücken)	
die ersten 20 000 Deutsche Mark	
der Meßbeträge mit	120
die weiteren 100 000 Deutsche Mark	
der Meßbeträge mit	160
die weiteren 400 000 Deutsche Mark	
der Meßbeträge mit	200
die weiteren 4 000 000 Deutsche Mark	
der Meßbeträge mit	220
die weiteren Meßbeträge mit	240
c) bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital	
die Meßbeträge mit	200

(3) In den Fällen des Grundsteuerausgleichs gemäß § 37 der Grundsteuer-Durchführungsverordnung werden die Grundsteuermeßbeträge, nach denen der Beteiligungsbetrag für das dem Abschluß der Grundsteuer-Meßbetragsverzeichnisse voraufgegangene Rechnungsjahr berechnet worden ist, von den Grundsteuermeßbeträgen (Absatz 2 Buchst. b) der Sitzgemeinden abgesetzt und den Meßbeträgen der Belegengemeinden hinzugefügt.

(4) Die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse werden mit 50 vom Hundert ihres Betrags von den Gewerbesteuermeßbeträgen (Absatz 2 Buchst. c) der Betriebsgemeinden abgesetzt und den Meßbeträgen der Wohngemeinden hinzugefügt.

## III. Meßbeträge

### § 6 FAG

(1) Die Meßbeträge der Grundsteuer A (von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) und B (von den Grundstücken) sind den Grundsteuer-Meßbetragsverzeichnissen nach dem Stande vom 15. November des vergangenen Rechnungsjahres zu entnehmen.

(2) Soweit die in den Grundsteuer-Meßbetragsverzeichnissen enthaltenen Meßbeträge auf land- und forstwirtschaftliche Betriebe, auf Grundstücke oder Grundstücksteile, deren Grundsteuer ganz oder teilweise auf Grund der §§ 26 a und 33 Abs. 4 des Grundsteuergesetzes in der Fassung vom 10. August 1951 (Bundesgesetzblatt I S. 519) sowie der Grundsteuererlaßverordnung vom 26. März 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 209) erlassen werden mußte, entfallen und die Summe dieser Meßbeträge größer ist als 5 vom Hundert der Abschlußsumme der Grundsteuer-Meßbetragsverzeichnisse, sind die übersteigenden Meßbeträge auf Antrag von der Abschlußsumme abzusetzen. Anträge auf Absetzung sind innerhalb eines Monats nach dem Abschlußtag der Grundsteuer-Meßbetragsverzeichnisse (Absatz 1) bei der vom Minister der Finanzen zu bestimmenden Stelle einzureichen.

(3) Die Grundsteuermeßbeträge der kriegszerstörten kreisfreien Städte, denen schlüsselmäßige Wiederaufbauzuschüsse gewährt werden (§ 20), sind auf Antrag nicht den Grundsteuer-Meßbetragsverzeichnissen (Absätze 1 und 2) zu entnehmen, sondern in der Weise zu errechnen, daß das Istaufkommen der Grundsteuer A und B im vorvergangenen Rechnungsjahr durch den für den gleichen Zeitraum geltenden Hebesatz geteilt wird.

(4) Die Gewerbesteuermeßbeträge sind so zu errechnen, daß das Istaufkommen der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital im vorvergangenen Rechnungsjahr durch den für den gleichen Zeitraum geltenden Hebesatz geteilt wird.

(5) Als Grund- und Gewerbesteuer-Istaufkommen (Absätze 3 und 4) rechnen alle in den Kassensbüchern des maßgebenden Rechnungsjahres (einschließlich Auslaufbuchungen) vereinnahmten Grund- und Gewerbesteuern ohne Rücksicht darauf, für welchen Zeitraum sie gezahlt worden sind.

#### Nordrhein-Westfalen

Gesetz zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden für das Haushaltsjahr 1957 vom 2.4.1957

#### I. Allgemeine Bestimmungen

##### U m l a g e n

##### § 20 FAG

(1) Soweit die sonstigen Einnahmen eines Landkreises den Bedarf nicht decken, ist eine Umlage von den Kreisangehörigen Gemeinden, gemeindefreien Grundstücken und Gutsbezirken zu erheben (Kreisumlage).

(2) Die Kreisumlage wird in Hundertsätzen der für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke, Gutsbezirke) geltenden Steuerkraftzahlen (§ 6) sowie in einem Hundertsatz der Schlüsselzuweisungen bemessen.

(3) Werden die Hundertsätze, die der Kreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern und der Grundsteuerergänzungszuschüsse und den Schlüsselzuweisungen als Kreisumlage erhebt (Umlagesätze), verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen. Bei stärkerer Abweichung eines Umlagesatzes bedarf der Umlagebeschluß der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

(4) Der Umlagebeschluß bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde außerdem dann, wenn der Umlagesatz auf mehr als 30 vH festgesetzt oder gegenüber dem Vorjahr erhöht werden soll.

(5) Die Bestimmungen über die Mehr- oder Minderbelastung einzelner Kreisteile bleiben unberührt mit der Maßgabe, daß in § 10 Abs. 1 Satz 1 des Preussischen Kreis- und Provinzialabgabengesetzes und in § 21 Satz 1 des Lippischen Gemeindeabgabengesetzes in der zur Zeit geltenden Fassung das Wort "kann" durch das Wort "soll" ersetzt wird.

#### II. Berechnung der Steuerkraftzahlen

##### § 6 FAG

(1) Die Steuerkraftmeßzahl wird ermittelt, indem die für die Gemeinde geltenden Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden.

(2) Als Steuerkraftzahlen werden angesetzt

a) bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Meßbeträge mit 80 vH,

b) bei der Grundsteuer von den Grundstücken

die ersten	20 000 DM der Meßbeträge mit 120 vH,
die weiteren	100 000 DM der Meßbeträge mit 160 vH,
die weiteren	400 000 DM der Meßbeträge mit 200 vH,
die weiteren	4 000 000 DM der Meßbeträge mit 220 vH,
die weiteren Meßbeträge mit	240 vH;

c) die nach § 3 Abs. 1 Buchst. a zu gewährenden Grundsteuerergänzungszuschüsse;  
(bei der Gewerbesteuer die Grundbeträge mit 200 vH s. Absatz III)

#### III. Meßbeträge

noch § 6 FAG, Ziff. 2c, 2. Absatz

der Berechnung zu Buchstabe a und b sind die von den Finanzämtern im Anschreibungs-jahr 1956 an-

geschriebenen Grundsteuermeßbeträge zugrunde zu legen nach Abzug der Meßbeträge, die auf die für das Haushaltsjahr 1955 wegen Kriegezerstörungen oder Demontagen erlassene Grundsteuer entfallen;

- d) bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital das auf einen Hebesatz von 200 vH umgerechnete Ist-Aufkommen im Kalenderjahr 1956, vermehrt um die Hälfte der Ist-Einnahmen und vermindert um die vollen Ist-Ausgaben an Gewerbesteuerausgleichsbeträgen.

#### Hessen

Gesetz zur Regelung des Finanzausgleichs (Finanzausgleichsgesetz - FAG -) vom 30. Mai 1956 in der Fassung des ersten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vom 6. Juni 1957 Ausführungsbestimmungen für das Rechnungsjahr 1957 zu dem Gesetz zur Regelung des Finanzausgleichs vom 30. Mai 1956

#### I. Allgemeine Bestimmungen

##### § 14 FAG

##### K r e i s u m l a g e

(1) Soweit die sonstigen Einnahmen der Landkreise zum Ausgleich des Haushalts nicht ausreichen, haben die Landkreise eine Kreisumlage von ihren Gemeinden und den gemeindefreien Grundstücken zu erheben.

(2) Umlagegrundlagen sind:

1. die Steuerkraftmeßzahlen gemäß § 7 mit der Maßgabe, daß die Gewerbesteuerzuschüsse in voller Höhe den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzugefügt werden; sie werden um den Betrag erhöht, um den die Steuerkraftmeßzahlen einzelner Gemeinden 160 vom Hundert der Bedarfemeßzahlen übersteigen; dies gilt nicht, wenn in dem Rechnungsjahr, für das die Kreisumlage beschlossen wird, die Steuerkraftmeßzahl der Gemeinde 160 vom Hundert der Bedarfemeßzahl nicht mehr übersteigt.
2. 75 vom Hundert der Gemeindeschlüsselzuweisungen. Änderungen auf Grund des § 8 Abs. 4 bleiben unberücksichtigt.
3. die Einnahmen der Gemeinden an Vergnügungssteuer in dem Kalenderjahr, das dem Ausgleichsjahr vorangeht.

(3) Die Umlagen sollen 32 vom Hundert der Umlagegrundlagen nicht übersteigen. Die Aufsichtsbehörde kann einen höheren Umlagesatz genehmigen. Der Umlagesatz kann nach dem 30. November des jeweils laufenden Rechnungsjahres nicht mehr erhöht werden.

(4) Die gemeindefreien Grundstücke und die Gemeinden, deren Steuerhebesätze erheblich unter dem Kreisdurchschnitt liegen, sind mit einem besonderen Vomhundertsatz der Umlagegrundlagen heranzuziehen.

(5) Das Nähere über das Verhältnis der Umlagesätze und über die Heranziehung der gemeindefreien Grundstücke sowie der Gemeinden, deren Steuerhebesätze unter dem Kreisdurchschnitt liegen, bestimmen der Minister der Finanzen und der Minister des Innern.

Ausführungsbestimmungen für das Rechnungsjahr 1957 zu § 14 FAG

Zu § 14, Abs. 1

Es ist darauf zu achten, daß nur die auf Grund einer sparsamen Haushaltswirtschaft erforderlichen Umlagen erhoben werden und die Gemeinden lebensfähig bleiben.

Zu § 14, Abs. 2

Die Ausführungsbestimmungen zu § 7 gelten entsprechend. Anträge auf Berichtigung der Umlagegrundlagen gemäß Nr. 1 letzter Halbsatz sind dem Minister der Finanzen auf dem Dienstweg spätestens bis zum 15.5.1958 vorzulegen. In diesen Fällen gelten die Ausführungsbestimmungen zu § 6 Abs. 2

und § 7 mit der Maßgabe, daß

- a) der Berechnung der Bedarfsmeßzahlen die Einwohnerzahlen nach den Fortschreibungsergebnissen vom 30.6.1957,
- b) der Berechnung der Steuerkraftzahlen
  - aa) die Meßbeträge der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und den Grundstücken nach dem Stand vom 1.10.1957,
  - bb) die Grundbeträge der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital, die nach dem Ist-Aufkommen vom 1.4.1957 bis 31.3.1958 ermittelt werden,
  - cc) die Gewerbesteuerausgleichsbeträge nach den vom 1.4.1957 bis 31.3.1958 geleisteten Zahlungen

zugrunde zu legen sind.

Wegen der Verwendung des Vergnügungssteueraufkommens als Umlagegrundlage für die Kreisumlage im Rechnungsjahr 1957 wird auf § 30 des Gesetzes verwiesen. Die Einnahmen der Gemeinden und der Landkreise an Vergnügungssteuer sind den kassenmäßigen Zahlungen nach den Meldungen zur Vierteljahresstatistik zu entnehmen.

Zu § 14, Abs. 3 - 5

- a) Die Landkreise können die Umlagegrundlagen mit unterschiedlichen Hundertsätzen zur Kreisumlage heranziehen. Eine unterschiedliche Heranziehung bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidenten, wenn der Unterschied zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Hundertsatz mehr als 20 vH des höchsten Umlagesatzes beträgt.  
Werden die Umlagegrundlagen unterschiedlich zur Umlage herangezogen, sind die Beträge, um die die Umlagegrundlagen nach § 14 Abs. 2 Nr. 1 erhöht werden, mit mindestens 80 vH des höchsten Umlagesatzes zu belasten. Die Schlüsselzuweisungen und die Einnahmen an Vergnügungssteuer dürfen nicht mit dem höchsten Satz zur Umlage herangezogen werden.
- b) Wird der Umlagesatz erhöht, muß die Haushaltssatzung bis 30.11.1957 beschlossen - soweit erforderlich genehmigt - und veröffentlicht worden sein.
- c) Abs. 3 gilt nicht für gemeindefreie Grundstücke. Die Landkreise können den Umlagesatz für die gemeindefreien Grundstücke bis zu 85 vH der Umlagegrundlagen festsetzen. Ruhen andere als Verbaulasten auf den gemeindefreien Grundstücken, ist der Umlagesatz entsprechend der Belastung herabzusetzen, höchstens jedoch auf den für Gemeinden geltenden Umlagesatz. Wenn sich auf gemeindefreien Grundstücken Gewerbebetriebe befinden, sind bei der Berechnung der Umlagegrundlagen als Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer 245 vH der für das Kalenderjahr 1955 festgesetzten Gewerbesteuermeßbeträge anzusetzen.
- d) Gemeinden, deren Realsteuerhebesätze im Rechnungsjahr 1956 unter dem Kreisdurchschnitt lagen, sind zu einer Sonderumlage heranzuziehen, wenn das Soll-Aufkommen einer Gemeinde aus Grundsteuern, Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsummensteuer im Rechnungsjahr 1956 weniger als 75 vH des Aufkommens betrug, das nach dem einfachen Kreisdurchschnitt 1956 (nicht gewogener Kreisdurchschnitt) der Grundsteuerhebesätze und der Gewerbesteuerhebesätze nach Ertrag und Kapital hätte erzielt werden können. Sollaufkommen ist das Jahresanordnungssoll der Grundsteuer, Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsummensteuer nach der Kassenrechnung des Rechnungsjahres 1956 (§§ 85 bis 89 KurVO).  
Umlagegrundlage für die Sonderumlage ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem Realsteuersollaufkommen 1956 nach den tatsächlichen Hebesätzen der Gemeinde und dem Aufkommen nach den Durchschnittshebesätzen 1956 des Kreises. Der Hebesatz für die Sonderumlage beträgt mindestens 50 vH, höchstens 150 vH des allgemeinen Kreisumlagehebesatzes. Bei unterschiedlicher Heranziehung der Umlagegrundlagen zur Kreisumlage ist von dem durchschnittlichen Hebesatz auszugehen. Der Hebesatz für die Sonderumlage ist in der Haushaltssatzung 1957 bis spätestens zum 30.11.1957 festzusetzen.

## II. Berechnung der Steuerkraftzahlen

### § 7 FAG

Die Steuerkraftmeßzahl wird gefunden, indem für jede Gemeinde die Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengerechnet werden. Es werden angesetzt

1. als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Meßbeträge mit 140 vom Hundert,
2. als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den Grundstücken  
die ersten 20 000 DM der Meßbeträge mit 130 vH,  
die weiteren 100 000 DM der Meßbeträge mit 175 vH,  
die weiteren 1 000 000 DM der Meßbeträge mit 220 vH,  
die weiteren 2 000 000 DM der Meßbeträge mit 240 vH,  
die weiteren DM der Meßbeträge mit 260 vH.  
In den Gemeinden des Regierungsbezirks Darmstadt werden für die Feststellung der Steuerkraftzahlen die Meßbeträge der Grundsteuer von den Grundstücken um 1/6 gekürzt,
3. als Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital Grundbeträge, die nach dem Ist-Aufkommen ermittelt werden, mit 245 vom Hundert. Das Nähere regeln die Ausführungsbestimmungen.  
Die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse werden in voller Höhe von den Steuerkraftzahlen der Betriebsgemeinden abgesetzt und zur Hälfte den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzugefügt (für Berechnung der Kreisumlage siehe § 14 (2) 1).

## III. Meßbeträge

Ausführungsbestimmungen für das Rechnungsjahr 1957 zu § 7 FAG

Bei der Berechnung der Steuerkraftzahlen werden zugrunde gelegt:

- a) für die Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und für die Grundsteuer der Grundstücke die Meßbeträge nach dem Stand vom 1. Oktober 1956;
- b) für die Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital die Grundbeträge, die nach dem Ist-Aufkommen vom 1. Oktober 1955 bis 30. September 1956 ermittelt werden. Hierbei wird das Ist-Aufkommen jedes Vierteljahres durch den jeweils festgesetzten Hebesatz geteilt. Wird ein Hebesatz geändert, so ist er für die Berechnung des Grundbetrages erst von dem Vierteljahr an zugrunde zu legen, in dem die Änderung beschlossen worden ist;
- c) für die Gewerbesteuerausgleichsbeträge die vom 1. Oktober 1955 bis zum 30. September 1956 geleisteten Zahlungen.

Das Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und die Gewerbesteuerausgleichsbeträge werden aus den kassenmäßigen Zahlungen nach den Meldungen zur Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen ermittelt.

## Rheinland-Pfalz

Landesgesetz über den Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz (Finanzausgleichsgesetz) vom 7. April 1956. Erste Landesverordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes vom 19.5.1956

### I. Allgemeine Bestimmungen

#### § 22 FAG

#### K r e i s u m l a g e

(1) Die Kreisumlage, die die Landkreise nach § 26 der Landkreisordnung von den kreisangehörigen Gemeinden und gemeindefreien Grundstücken erheben, ist für jedes Rechnungsjahr in der Haushaltsatzung neu festzusetzen. Sie wird bemessen in Hundertsätzen der Umlagegrundlagen. Umlagegrundlagen sind die für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke) geltenden Steuerkraftzahlen (§5), 75 vH der Schlüsselzuweisungen (§3), auf die sie im vorangegangenen Rechnungsjahr Anspruch haben, sowie das Aufkommen an Vergnügungssteuer im vorangegangenen Kalenderjahr. Die Hundertsätze

(Umlagesätze) müssen für alle Gemeinden des Landkreises gleich sein.

(2) Werden die Umlagesätze, die der Landkreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern von der Vergütungssteuer und den Schlüsselzuweisungen als Kreisumlage erhebt, verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen. Der Umlagesatz, der von den Schlüsselzuweisungen erhoben wird, darf nicht höher sein als die übrigen Umlagesätze.

## II. Berechnung der Steuerkraftzahlen

### § 5 FAG

(1) Die Steuerkraftmeßzahl wird ermittelt, indem die für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengestellt werden.

(2) Als Steuerkraftzahlen werden angesetzt:

- a) bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Meßbeträge mit 140 vH,
- b) bei der Grundsteuer von den Grundstücken
  - die ersten 20 000 DM der Meßbeträge mit 140 vH,
  - die weiteren 100 000 DM der Meßbeträge mit 175 vH,
  - die weiteren 1 000 000 DM der Meßbeträge mit 210 vH,
  - die weiteren Meßbeträge 230 vH,
- c) bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital die Meßbeträge mit 240 vH.

Die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse werden in voller Höhe von den Steuerkraftzahlen der Betriebsgemeinde abgesetzt und zur Hälfte den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinde hinzugefügt.

### § 31 FAG

#### Grundsteuerausgleich in der Pfalz

Solange in der Pfalz gemäß § 37 der Grundsteuerdurchführungsverordnung in der Fassung vom 29. Januar 1952 (BGBl. I S. 79) ein Grundsteuerausgleich durchgeführt wird, sind die Grundsteuermeßbeträge, nach denen der Ausgleich berechnet wird, von den Meßbeträgen der zahlenden Gemeinde abzusetzen und den Meßbeträgen der empfangenden Gemeinde zuzusetzen.

## III. Meßbeträge

### § 1, Absatz 2 und 3 der Landesverordnung

(2) Bei der Ermittlung der Steuerkraftzahl für die Grundsteuer A und B sind die Meßbeträge einschließlich der Zerlegungsanteile zugrunde zu legen, die die Finanzämter nach dem Stand vom 30. September des dem Ausgleichsjahr vorangegangenen Kalenderjahres dem Statistischen Landesamt mitgeteilt haben. Die Meßbeträge der Ausfälle, die gemäß den §§ 26a und 33 Abs. 4 des Grundsteuergesetzes in dem Rechnungsjahr entstanden sind, das dem in Satz 1 genannten Stichtag vorangegangen ist, sind abzusetzen. Für den Grundsteuerausgleich im Regierungsbezirk Pfalz sind die Ausgleichsmeßbeträge zu berücksichtigen, die für das Rechnungsjahr festgesetzt wurden, das dem in Satz 1 genannten Stichtag vorangegangen ist.

(3) Bei der Ermittlung der Steuerkraftzahl für die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital sind die Meßbeträge einschließlich der Zerlegungsanteile zugrunde zu legen, die die Finanzämter nach dem Stand des letzten, vollständig veranlagten Jahres, bis 30. September des dem Ausgleichsjahr vorangegangenen Kalenderjahres dem Statistischen Landesamt mitgeteilt haben. Die für die zurückliegenden Kalenderjahre nachträglich festgesetzten und bisher nicht berücksichtigten Meßbeträge sind einzubeziehen.

(4) Die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse sind der Gemeindefinanzstatistik (Ist-Beträge der Jahresrechnungstatistik) für das Rechnungsjahr zu entnehmen, das dem in Absatz 3 bezeichneten Stichtag vorangegangen ist.



## Baden-Württemberg

Gesetz über den Finanzausgleich zwischen dem Land und den Gemeinden sowie den Gemeindeverbänden in Baden-Württemberg (Finanzausgleichsgesetz - FAG -) vom 26. Juli 1954

Verordnung des Innenministeriums und des Finanzministeriums zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Rechnungsjahr 1957 (FAG DV 1957) vom 16. Mai 1957

### I. Allgemeine Bestimmungen

#### U m l a g e n

##### § 16 FAG

- (1) Maßstab für die Kreisumlage, die Landesfürsorgeumlage, die Umlage des Landeskommunalverbandes der Hohenzollerischen Lande sowie für ähnliche Umlagen sind die nach Abs. 2 und Abs. 3 festgestellten Steuerkraftsummen der Gemeinden und Landkreise.
- (2) Die Steuerkraftsumme einer Gemeinde für ein Rechnungsjahr setzt sich zusammen
  - a) aus ihrer für das gleiche Rechnungsjahr nach § 13 festgestellten Steuerkraft-Meßzahl,
  - b) aus 100 vH der Schlüsselzuweisungen, die der Gemeinde nach § 10 Abs. 1 Buchst. a) für das zweitvorangegangene Rechnungsjahr zugeflossen sind.
- (3) Abs. 2 gilt für Stadtkreise entsprechend. Die Steuerkraftsumme eines Landkreises setzt sich aus den Steuerkraftsummen seiner Gemeinden zusammen.
- (6) Die Kreisumlage ist in einem Hundertsatz (Hebesatz) der nach Abs. 2 festgestellten Steuerkraftsummen der zum Landkreis gehörigen Gemeinden festzusetzen.

### II. Berechnung der Steuerkraftzahlen

#### § 13 FAG

- (1) Die Steuerkraft-Meßzahl (§ 10 Abs. 2) setzt sich für jede Gemeinde zusammen aus
  - a) 150 vH der Summe der für die Gemeinde angeschriebenen Meßbeträge der Grundsteuer A,
  - b) 150 vH der Summe der für die Gemeinde angeschriebenen Meßbeträge der Grundsteuer B,
  - c) 290 vH der Summe der für die Gemeinde angeschriebenen Gewerbesteuer-Meßbeträge und Zerlegungsanteile,
  - d) 100 vH der Schlüsselzuweisungen, die der Gemeinde nach § 10 Abs. 1 Buchst. b) für das zweitvorangegangene Rechnungsjahr zugeflossen sind,
  - e) 100 vH des Zuschusses aus dem kommunalen Notstock für das zweitvorangegangene Rechnungsjahr, soweit dieser Zuschuß die Grundsteuerausfälle ersetzt.
- (2) Das Innenministerium und das Finanzministerium bestimmen durch Rechtsverordnung
  - a) den Stichtag für die Ermittlung der Summe der Grundsteuer-Meßbeträge (Abs. 1 Buchst. a und b),
  - b) den Abschreibungszeitraum, nach dessen Ergebnis die Summe der Gewerbesteuer-Meßbeträge und -Zerlegungsanteile (Abs. 1 Buchst. c) zu ermitteln ist,
  - c) den Zeitraum und die Grundlagen für die Ermittlung des durch die Kriegszerstörung entstandenen Einnahmeausfalls der Grundsteuer (Abs. 1 Buchst. e).
- (3) Vor der Feststellung der Steuerkraft-Meßzahl einer Gemeinde wird die für sie nach Abs. 1 Buchst. c) ermittelte Teilmeßzahl der Gewerbesteuer
  - a) erhöht um das Soli der Gewerbesteuer-Ausgleichszuschüsse, die die Gemeinde als Wohngemeinde für das zweitvorangegangene Rechnungsjahr erhalten oder noch zu fordern hat,

- b) vermindert um das Soll der Gewerbesteuer-Ausgleichszuschüsse, die die Gemeinde als Betriebs-gemeinde für das zweitvorangegangene Rechnungsjahr gezahlt oder noch zu zahlen hat.

### III. Meßbeträge

#### § 4 FAGDV 1957

(1) Bei der Feststellung der Steuerkraft-Meßzahl der einzelnen Gemeinde werden zugrunde gelegt:

1. Die Summe der bis zum 15. November 1956 für die Gemeinde festgesetzten und angeschriebenen Meßbeträge der Grundsteuer A und der Grundsteuer B,
2. vorbehaltlich des in Abs. 2 und Abs. 3 Gesagten die Summe der Gewerbesteuer-Meßbeträge und - Zerlegungsanteile, die in der Zeit vom 1. August 1955 bis 30. September 1956 für die Gemeinde angeschrieben worden sind.

(2) Wurde in einer Gemeinde

- a) ein Teil der in Abs. 1 Nr. 2 bezeichneten Summe schon bei der Feststellung der Steuerkraft-Meßzahl für 1956 oder früher mit gerechnet, so ist er an der in Abs. 1 Nr. 2 bezeichneten Summe abzusetzen,
- b) ein vor dem 1. August 1955 für den Erhebungszeitraum (Kalenderjahr) 1954 angeschriebener Gewerbesteuer-Meßbetrag oder -Zerlegungsanteil bei der Feststellung der Steuerkraft-Meßzahl für 1956 ganz oder teilweise außer Betracht gelassen, so ist er insoweit der in Abs. 1 Nr. 2 bezeichneten Summe hinzuzurechnen,
- c) eine in der Zeit vom 1. August 1955 bis 30. September 1956 angeschriebene Ermäßigung eines Gewerbesteuer-Meßbetrags oder -Zerlegungsanteils ganz oder teilweise schon bei der Feststellung der Steuerkraft-Meßzahl für 1956 oder früher berücksichtigt, so ist sie insoweit der in Absatz 1 Nr. 2 bezeichneten Summe wieder hinzuzurechnen.

(3) Ist ein für die Steuerkraft-Meßzahl der Gemeinde stark ins Gewicht fallender Gewerbesteuer-Meßbetrag oder -Zerlegungsanteil

- a) für den Erhebungszeitraum (Kalenderjahr) 1954 ausnahmsweise in der nach Abs. 1 Nr. 2 maßgebenden Summe noch nicht enthalten, so kann er dieser Summe mit seinem ungefähren Betrag ganz oder teilweise gegen späteren Ausgleich hinzugerechnet werden,
  - b) für den Erhebungszeitraum (Kalenderjahr) 1955 oder 1956 ausnahmsweise schon in der nach Abs. 1 Nr. 2 maßgebenden Summe enthalten, so kann er ganz oder teilweise gegen späteren Ausgleich an dieser Summe abgesetzt werden,
  - c) in der nach Abs. 1 Nr. 2 maßgebenden Summe oder im Ergebnis einer vorangegangenen Anschreibung mit einem Betrag enthalten, der sich nach dem 30. September 1956 erheblich ermäßigt hat oder voraussichtlich noch erheblich ermäßigen wird, so kann der ungefähre Betrag dieser Ermäßigung ganz oder teilweise gegen späteren Ausgleich an der nach Abs. 1 Nr. 2 maßgebenden Summe abgesetzt werden.
- (4) Vor einer Anordnung im Sinne von Abs. 3 ist die Gemeinde zu hören, bei kreisangehörigen Gemeinden auch der Landkreis.

### Bayern

Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz - FAG) vom 15. Juli 1957

Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes (FAGDV 1957) vom 8. August 1957

#### I. Allgemeine Bestimmungen

##### Art. 18 FAG

- (1) Die Landkreise legen ihren durch die sonstigen Einnahmen nicht gedeckten Bedarf auf die kreisangehörigen Gemeinden und gemeindefreien Grundstücke um (Kreisumlage).
- (2) Die Umlagebeschlüsse bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, wenn das Umlagesoll das des vorausgegangenen Rechnungsjahres um mehr als 20 vH übersteigt.

(3) Die Kreisumlage wird in Hundertsätzen der Umlagegrundlagen bemessen. Umlagegrundlagen für die Kreisumlagen sind die für die kreisangehörigen Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke) geltenden Realsteuermessungszahlen (Art. 23) sowie vier Fünftel der Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden des vorangegangenen Rechnungsjahres. Werden die Hundertsätze, die der Landkreis von den Steuermessungszahlen der einzelnen Steuern als Kreisumlage erhebt (Umlagesätze), verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen; bei stärkerer Abweichung bedarf der Umlagebeschluß der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Der Umlagesatz, der von den Schlüsselzuweisungen erhoben wird, darf nicht höher sein, als der niedrigste Umlagesatz der Steuermessungszahlen.

#### Art. 20 FAG

Für einzelne kreisangehörige Gemeinden (gemeindefreie Grundstücke) können je nach Teilnahme an den Vorteilen einer Einrichtung des Landkreises die Hundertsätze nach Art. 18 Abs. 3 mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde erhöht werden.

## II. Berechnung der Steuermessungszahlen

#### Art. 23 FAG

Der Berechnung der Realsteuermessungszahlen (Art. 4, 16, 18, 21) werden die für die einzelnen Gemeinden und gemeindefreien Grundstücke festgesetzten Meßbetragssummen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zugrunde gelegt. Die Staatsministerien des Innern und der Finanzen treffen die näheren Bestimmungen darüber, wie die Meßbeträge zu ermitteln, mit welchen Hundertsätzen sie anzusetzen sind und wie bei der Gewerbesteuer die Ausgleichszuschüsse zu berücksichtigen sind.

#### § 6 (2) FAGDV 1957

(2) Dabei werden angesetzt:

- a) als Steuermessungszahl der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Grundsteuer A) die Meßbeträge mit 140 vom Hundert.
- b) als Steuermessungszahl der Grundsteuer von den Grundstücken (Grundsteuer B)
  - die ersten 20 000 Deutsche Mark der Meßbeträge mit 140 vH,
  - die weiteren 100 000 Deutsche Mark der Meßbeträge mit 170 vH,
  - die weiteren 1 000 000 Deutsche Mark der Meßbeträge mit 210 vH,
  - die weiteren 2 000 000 Deutsche Mark der Meßbeträge mit 220 vH,
  - die weiteren Meßbeträge in Deutscher Mark mit 230 vH;
- c) als Steuermessungszahl der Gewerbesteuer die Meßbeträge der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital mit 240 vH.

#### § 7 FAGDV 1957

(1) Die Realsteuermessungszahlen werden gefunden, indem die für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke) geltenden Steuermessungszahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital zusammengezählt werden.

(2) Die im vorhergehenden Rechnungsjahr zu entrichtenden Gewerbesteuerausgleichszuschüsse werden

- a) in voller Höhe von den Gewerbesteuermessungszahlen der Betriebsgemeinden abgesetzt und
- b) zur Hälfte den Steuermessungszahlen der Wohngemeinden hinzugerechnet.

(3) Die den Gemeinden zufließenden Einnahmen aus der Spielbankabgabe und die Verwaltungskostenzuschüsse der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn werden zur Hälfte den Steuermessungszahlen der Gewerbesteuer hinzugerechnet.

(1) Der Ermittlung der Realsteuerkraftzahlen für ein Rechnungsjahr werden die Steuerkraftzahlen zugrunde gelegt, die sich ergeben,

1) bei der Grundsteuer:

aus den Steuermeßbeträgen der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Grundsteuer A) und aus den Steuermeßbeträgen der Grundsteuer von den Grundstücken (Grundsteuer B), die von den Finanzämtern aufgrund der Bestimmungen über die Anschreibung der Grundsteuermeßbeträge jeweils bis zum 15. September des dem Rechnungsjahr vorangehenden Kalenderjahres im Meßbetragsverzeichnis angeschrieben worden sind. Dabei bleiben die Meßbeträge außer Ansatz, wenn und soweit sie auf land- und forstwirtschaftliche Betriebe oder auf Grundstücke entfallen

- a) die für die Zwecke der ausländischen Streitkräfte in Anspruch genommen sind und für die aus diesem Grunde keine Grundsteuer entrichtet wurde;
- b) für die die Grundsteuer ganz oder teilweise aufgrund des § 26a des Grundsteuergesetzes in der Fassung vom 10. August 1951 (BGBl. I S. 519, ber. S. 790, FMBl. S. 415) erlassen wurde;
- c) für die die Grundsteuer unter den in § 33 Abs. 4 des Grundsteuergesetzes genannten Voraussetzungen erlassen wurde.

Maßgebend ist jeweils das vorvorhergehende Rechnungsjahr. Beträge, die die Gemeinden im vorangehenden Rechnungsjahr als Grundsteuerausfallvergütung nach Art. 8 FAG erhalten, sind den Steuermeßbeträgen der Grundsteuer hinzuzurechnen, nachdem sie durch die in diesem Rechnungsjahr geltenden Hebesätze geteilt und mit 100 vervielfacht worden sind.

2) bei der Gewerbesteuer:

aus den Meßbeträgen der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital, die von den Finanzämtern aufgrund der Bestimmungen über die Anschreibung der Gewerbesteuermeßbeträge jeweils bis zum 15. September des dem Rechnungsjahr vorangehenden Kalenderjahres im Meßbetragsverzeichnis angeschrieben worden sind.

Berichtigungen von Meßbeträgen der Anschreibungszeiträume II/1948 und 1949 bleiben unberücksichtigt.